

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition Berlin SO 16
Wustenhäuser Str. 15 (Redakteur C. Dittmer)
Fernsprecher: Kant Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Briefgebühr) 4 Mk.
mit wöchentlich. Beilage, Die Sanitätskarte 6 Mk.

Wie kommen wir der sprunghaft wachsenden Steuerung bei?

Die wachsende Notlage weiter Bevölkerungsschichten, insonderheit aber der Arbeiter, wird auf die Dauer unerträglich und es müssen neben den gewerkschaftlichen Mitteln zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse endlich auch von Gesetzgebungen durchgreifende Schritte unternommen werden, die eine Besserung ermöglichen. Wohl gab es einen kurzen Moment bald nach der Novemberrevolution 1918, wo es den Anschein erwecken konnte, als wolle und könne sich die Arbeiterkraft nach all der Entbehrungszeit eines fast fünfjährigen Krieges ihren Reallohn, wie er vor der Kriegszeit bestand, annähernd wieder erobern.

Aber es schien nur sol. In ungläublich raschem Tempo kletterte die Preiskurve empor und — so traurig es ist — die gegenwärtigen Lohn- und Gehaltsforderungen hinken stets hinterher und sind gar nicht in der Lage nachzukommen, weil (wie im bekannten Märchen) der Schweigel immer schon da ist, wenn der Nase kommt.

Als Beispiel aus jüngster Vergangenheit braucht man nur die neu „reformierten“ Gehälter der Groß-Berliner Kommunalbeamten und Lehrer heranzuziehen. Hier beträgt die kleinste Zulage 4000 Mk. pro Jahr, es gibt sogar Erhöhungen bis 8000 Mk. Von den Bürgermeistern gar nicht zu reden. Und doch hört man begreiflicherweise schon wieder die Organisationen der Beamten: die Gehälter reichen nicht aus. Und sie haben nicht einmal Unrecht.

Was wunder, wenn unsere Berliner Kollegen in eine neue Lohnbewegung geraten sind, die auf gleicher Grundlage wie die Beamtengehaltserhöhungen nun pro Woche 50 Mk. sowie 12 Mk. Kinderzulage fordern. (Dazu 500 Mk. Wirtschaftsbeihilfe.)

Ueber 100 Millionen für Beamtengehälter, weitere 150 Millionen für die städtischen Arbeiter, wer glaubt wohl heute noch, daß damit das Ende dieser Belastungen in Sicht sei. Mitbin müssen die Steuern weiter erhöht, Gas-, Wasser-, Verkehrs- usw. Steuern gleichfalls in höherem Maße zur Deckung herangezogen werden. Wahrlich ein Zustand, der mit unheilbarer Siderheit zu dem von manchem förmlich herbeigesehnten „Gladderadatsch“ führen muß.

Wir organisierten Gemeinde- und Staatsarbeiter stehen aber diesem drohenden Ruin der Gemeindefinanzen nicht gleichgültig gegenüber, weil das eines Tages (ähnlich wie in Evandau und anderswo) bedeuten könnte, die Betriebe können sich nicht länger halten. Gewiß trifft das nicht für die lebenswichtigen Betriebe zu, aber wir können uns sehr wohl denken, daß es an manchen Stellen zu solchen Konsequenzen kommen könnte.

Darum möchten wir auch an dieser Stelle unsere Stimme

erheben und fordern, daß die Gemeinden mehr als bisher die Ausschaltung des gewaltig preisverteuernden Zwischen- und Kleinhandels anstreben.

Sollen die Gemeindefinanzen wieder gesunden, so müssen unbedingt neue Grundlagen geschaffen werden.

Gewiß, man hat im letzten Jahre die Konsumver-eine etwas mehr begünstigt als in der Kriegszeit. Einzelne Verwaltungen, wie die Groß-Berliner Zeitstelle, Kleiderverwertungsstelle usw., haben hervorragendes geleistet in bezug auf Ausschaltung des Zwischenhandels. Und doch vermischen wir in fast allen Großgemeinden Deutschlands (und besonders in Groß-Berlin) jene großzügige Vorforgewalt, die es ermöglicht, daß die arbeitende Bevölkerung nicht jedem kleinsten wie größeren Preiswucherer in die Hände fällt. Recht rühmliche Ansätze sind in Neukölln gemacht worden, auf die wir hier nicht näher eingehen können, aber gemessen an dem, was heute in fruchtbarster Weise Gewinne herausholt im Klein- wie Großhandel (die Ur- und Fertigproduzenten nicht zu vergessen!), fällt in unserer deutschen Gemeindepolitik zurzeit doch noch alles, was einer Gesundung des chaotischen Wirtschaftslebens die Wege weist.

Nun haben sich monatelang Gemeinden und Staat „formal-juristisch“ herumgebalgt, wer etwas unternehmen wer also anfangen soll! Der Staat setzte mit 3½ Milliarden Reichsmark für ausländische Nahrungsmittel ein, nun aber, da in der Staatskasse definitiv Ebbe ist, verlagert er. Es gelang ihm nicht, nennenswerte Kredite, die allerdings in Milliardenhöhe benötigt wären, im Ausland locker zu machen. Daher und infolge der mit der Niederlage verbundenen Umstände sank unsere Valuta auf den 12. Teil des Vorkriegswertes. Das führte wieder zur platten Unmöglichkeit, nennenswerte Nahrungsmittelmengen und Rohstoffe vom Ausland bereinzubekommen.

Andererseits sind dadurch die Exportindustrien in der „glücklichen“ Lage, einen ungeheuren Auslandsabsatz einzurichten. Bei uns ist ja alles so „billig“: Es kostet nämlich nur den 12. bis 10. Teil wie im Ausland infolge der Valuta. Mittlerweile werden zwar frampfhafte Anstrengungen gemacht, die Preise fürs Ausland den dortigen Inlandpreisen anzunähern; worauf es uns aber in diesem Zusammenhang ankommen müßte, entsprechende Nahrungsmittelmengen hereinzubekommen, daran sind ja die Exportindustrien nur zu geringem Teil interessiert!

Hätten wir in der früheren kapitalistischen Gesellschaft schon eine ziemliche Willkür, gemessen an sozialistischer Produktions- und Planwirtschaft, so hat sich durch den Krieg und die mit ihm verbundene Massenzüchtung widerständigen Schiebertums jetzt ein Zustand herausgebildet, den man geradezu als anarchisch, d. h. fessellos, bezeichnen muß.

Nun wird von gewisser Seite noch immer viel vom „Mangel an Arbeitslust“ geredet. Aber das sind wohl meist solche Leute, deren eigene Arbeitslust eine allzu harte Probe kaum ertragen würde.

Tatsache ist, daß der Bergbau, von dem die meisten Großindustrien abhängen, andauernd leistungsfähiger wird. Gätte man den Fackelherren nicht wieder so weitgehende „Freiheiten“ gelassen, der Staat wäre am Ende wenigstens an dieser Stelle doch endlich zu der bald fogenhaften Sozialisierung gekommen.

Es wird neuerdings auch von vielen Seiten (z. B. „Freiheit“) der Vorschlag Dr. Adolf Brauns, den wir vor bald zehn Jahren hier in der „Gewerkschaft“ eingehend klarlegten, wieder aufgegriffen: Lohnamt und gleitende Lohnskalen.

Das heißt: Es soll ein fester Grundlohn im Tarifvertrag vereinbart werden und die jeweiligen Feuerungsverhältnisse sollen in einem besonderen Zuschlag ausgeglichen werden, der durch die örtlichen amtlichen Preisfestsetzungen dauernd im Fluß ist.

Wir halten diesen Weg für durchaus gangbar und wünschenswert, wenngleich man wohl an Stelle des geplanten Monatsstichtages eigentlich einen Wochentag (wo die Preise festgesetzt werden) nehmen müßte, soll die Lebenspreissetzung nicht wieder erheblich hinterherhinken. Wir haben eine solche einmalige Preisstatistik in voriger Nummer veröffentlicht. Das Reichsarbeitsministerium plant solche regelmäßigen Preisveröffentlichungen.

Gewandelt an der Feuerung wird freilich durch solche Festsetzungen nichts. So kann es sich bei diesen Preisfestsetzungen und den damit verbundenen Lohnsteigerungen immer nur um „Ausgleiche“ handeln, die fast alle wieder den Wareninhabern zuschießen!

Hier ist die Wurzel alles Übels! Wir hatten seinerzeit nicht unerhebliche Bedenken gegenüber der Wiffell-Wöllendörffschen Planwirtschaft, weil die Gefahr einer zu großen Erstarkung des Großunternehmertums vorlag.

Gemeinen am jetzigen Wirtschaftskaos, wo jeder Produzent je de Lohnerbhöhung (nach oben abgerundet) abwählt, und wo Groß- und Zwischenhandel ein übriges tut, um uns — den Millionen schaffender Konsumenten! — alles wieder

abzugeben, was wir durch Lohnbewegungen usw. erreichten, da scheint uns in der Tat eine recht baldige Durchorganisierung der Industrien mit genauen Preis- und Verdienstfeststellungen als dringendstes Gebot der Stunde.

Nun hat zwar der Mesmacher, Herr Erzberger, bereits den Beamten angekündigt, daß sie anstatt bisher 6 bis 7 Stunden in Staat und Gemeinden sich gleichfalls den Achtstundentag gefallen lassen müßten.

Wir gehen zum Teil aus eigener Kenntnis zu, daß in den großstädtischen Puraus manches erheblich kaufmännischer, d. h. rationeller und schneller gehen könnte. Aber ob mit scharfster Erhöhung der Dienstitundenzahl dieser Zweck erreicht wird, ist mindestens doch recht zweifelhaft.

Wir wollen unseren freien Angestelltenorganisationen nicht weiter vorgreifen und möchten nur feststellen, daß einem stürzenden Ansturm gegen den Achtstundentag der Arbeiterschaft der allerhöchste Widerstand unserer Organisationen angejagt würde.

Schon werden tastende Versuche von „Sochverständigen“ gemacht in Krankenhäusern usw. Wir sagen dazu: In kaum einem Punkt sind sich die Arbeiter so einig als in dem Festhalten des Achtstundentages!

Wir freien Gewerkschaftler haben stets den Standpunkt in Presse und Praxis vertreten: Ein tüchtiger Gewerkschaftler ist auch ein tüchtiger einwandfreier Arbeiter, der sich stets seiner Verantwortung und seiner Arbeitspflicht in der Dienstzeit bewußt bleibt. Hieran halten wir auch in jeder Beziehung fernerhin fest. Andererseits kann das andauernde Darben und Entbehren unmöglich die Arbeitsfreudigkeit heben!

Darum fordern wir neben erträglichen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel einen Lebenslohn, der uns und unsere Familien über diese trüben Zeiten hinweghilft.

Wir wissen, der Geminnisse sind viele, aber wir müssen heraus aus der wirtschaftlichen Wirrnis, und das geschieht nicht allein mit den bisherigen Mitteln, sondern mit baldiger Aufstellung einer die gesamte Produktion und Konsumtion umfassenden staatlichen Preisregelung, die den Millionendieben, den großen und den kleinen Schiebern endlich das Handwerk legt.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1918.

Die „Statistische Beilage Nr. 4 des Korrespondenzblattes“ veröffentlicht den Bericht der Generalkommission über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1918, dem wir Folgendes entnehmen:

Das Bestreben der deutschen Arbeiterschaft, die fortgesetzte Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts durch eine Erhöhung des Lohnneinommens auszugleichen, führte auch im Jahre 1918 im gleichen Ausmaße wie 1917 zu einer gewaltigen Zahl umfangreicher wirtschaftlicher Bewegungen, die fast durchweg friedlich verließen; nur in vereinzelten Fällen kam es zu Arbeitsniederlegungen. Neben diesen rein wirtschaftlichen Vorgängen kam es 1918 aber auch innerhalb der Arbeiterschaft aus politischen Motiven zu tiefgehenden Bewegungen, die eine ernste symptomatische Bedeutung hatten ans im ursächlichen Zusammenhang mit der langen Dauer des Krieges standen. Die dadurch über das verkündete Volk herausgeworbenen Leiden, die es immer drückender belästeten, besonders aber die ständige Unterernährung des Körpers in Verbindung mit einer übermäßigen Ausnutzung desselben durch intensivierte Arbeitsleistung, mußte schließlich bei der Masse eine starke seelische Depression verursachen. Dazu kam, daß die widersprüchlichen Forderungen des langen Krieges immer unversüllter austraten, ein gewissenloses Kriegsgewinnler- und Schiebertum sich auf Kosten des armen Volkes immer üppiger bethatete. Damit wurde in die Reihen der Arbeiter eine starke Verunsicherung getragen und in den Arbeitstätten eine hochgradige Spannung erzeugt, die zu wiederholten und umfangreichen Arbeitsniederlegungen führte. Wurden diese Streiks auch zum Teil als Proteste gegen die Lebensmittelnot und den Lebensmittelmangel ausgegeben, so war doch mit ihnen die

Tendenz verbunden, durch Hervorrufung von inneren Schwierigkeiten im Lande die Regierung zum Abschluß des Krieges zu drängen. Mit diesen von politischen Motiven beeinflussten Streikbewegungen der Arbeiterschaft hatten die Gewerkschaften nichts zu tun, sie vollzogen sich unabhängig von ihnen; die Gewerkschaften waren ohne Einfluß auf ihre Entstehung und ihren Verlauf. Diese Streiks konnten deshalb in die gewerkschaftliche Streikstatistik, die ja auch nur die wirtschaftlichen Kämpfe zur Darstellung bringen soll, nicht miteinbezogen werden. Sie gewährt deshalb kein Bild des Gesamtumfanges der 1918 in Deutschland stattgefundenen Streikbewegungen.

Die vorliegende Statistik kann auch keinen Anspruch darauf erheben, eine völlige Uebersicht über alle wirtschaftlichen Bewegungen des Jahres 1918 zu geben. Der Ausbruch der Revolution brachte für breite Schichten der Arbeiter und Angehörigen eine ungehemmte Bewegungsfreiheit, die dann auch zunächst angewandt wurde zur Steigerung von Lohnforderungen im großen Maßstabe, wodurch umfangreiche Bewegungen entstanden und häufig dr. Abschlüssen erfolgten ohne Annäherung der dabei sonst üblichen gewerkschaftlichen Tarif. Die letzte Erfolgsmöglichkeit bezüglich diese „wilden“ Bewegungen und Streiks ungemein, es wurden durch sie weitgehende Erfolge errungen. Da diese Bewegungen sich ohne Verbindungen mit den Gewerkschaften vollzogen, so wurden sie statistisch gar nicht oder doch nur unzureichend erfaßt.

Von den 50 Zentralverbänden, die 1918 der Generalkommission angegeschlossen waren, haben 25 statistisches Material über die von ihnen geführten wirtschaftlichen Bewegungen eingesandt. Der Verband der Buchdrucker erhaltete über die von ihm geführten tarif-

lichen Verhandlungen einen schriftlichen Bericht. Von den übrigen Verbänden wurde weder statistisches Material noch ein schriftlicher Bericht eingereicht. Man kann nicht annehmen, daß diese Verbände überhaupt keine Bewegungen hatten. Wenn keine Einsendung von Material erfolgte, so ist es auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die der Beschaffung der statistischen Unterlagen entgegenstanden. Der in den Gewerkschaften entsetzte Nüchternheitskampf hat naturgemäß viel zur Störung der gewerkschaftlichen Arbeiten beigetragen. Er ließ den örtlichen Verwaltungsorganen wenig Zeit und Muße, sich der Beschaffung des statistischen Materials zu widmen. Angesichts aller dieser Umstände muß man zu dem Schlusse kommen, daß 1918 eine erheblich größere Zahl von wirtschaftlichen Bewegungen stattfanden, als durch die Statistik nachgewiesen wird. Insbesondere werden die durch die Bewegungen erzielten Erfolge an Lohnerhöhungen weit über die ziffernmäßig festgestellten Ergebnisse hinausgehen. Bei der Bewertung der unten folgenden Vorführung der durch die Statistik gewonnenen Zahlen muß dieses Moment ständig Beachtung finden, ohne daß es noch besonderer Hinweise bedarf.

Zahl, Umfang und Art der Bewegungen.

Die 25 an der Statistik beteiligten Zentralverbände hatten im Jahre 1918 zusammen 10 359 (1917: 10 520) Bewegungen, die sich auf 81 525 Orte, 76 112 Betriebe mit 2 851 575 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen beteiligt waren 2 430 657 (2 798 975) Personen, darunter 700 979 weibliche = 29 Proz. der Gesamtzahl. Gegen das Vorjahr verzeichnet die Statistik für das Jahr 1918 330 Bewegungen mehr, dagegen 350 318 Beteiligte weniger. Diese Abweichungen sind jedoch im Verhältnis zu den Gesamtzahlen von zu geringer Bedeutung, um hieraus bestimmte Schlüsse ziehen zu können. Bei der Personenzahl kommt in Betracht, daß, da sich im Laufe des Jahres die Bewegungen vielfach in den gleichen Betrieben wiederholten, auch die gleichen beteiligten Personen oft doppelt oder mehrfach gezählt sind. Es ist durchaus richtig, wenn bei wiederholten Bewegungen auch die daran beteiligten Personen jedesmal aufs neue gezählt werden, da der Umfang der Bewegung nach der Personenzahl festgestellt werden muß.

Wie sich die wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterklasse in den einzelnen Jahren seit 1905, in welchem erstmalig auch die friedlich verlaufenden Bewegungen in die Statistik einbezogen wurden, gestaltet haben, geht aus der folgenden Uebersicht hervor.

Jahr	Zahl der Bewegungen insgesamt	Es fanden statt Bewegungen:				Zahl der an den Bewegungen beteiligten Personen	Es waren beteiligt Personen an der Bewegung:			
		ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung (Streiks u. Aussperr.)			ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung (Streiks u. Aussperr.)	
		Zahl	%	Zahl	%		Zahl	%	Zahl	%
1905	5291	2968	56,1	2323	43,9	890470	382510	43,0	507960	57,0
1906	8150	4670	57,3	3480	42,7	917748	601706	65,6	316042	34,4
1907	7859	5067	64,5	2792	35,5	806265	525235	65,1	281030	34,9
1908	5659	3007	53,1	2652	46,9	576317	449434	78,0	126883	22,0
1909	6552	4507	68,8	2045	31,2	480205	348961	72,7	131244	27,3
1910	9690	6496	67,0	3194	33,0	1025542	656531	64,0	369011	36,0
1911	9670	6756	69,9	2914	30,1	1011669	686416	67,8	325253	32,1
1912	9961	7138	71,6	2823	28,4	1254858	774760	61,8	479589	38,2
1913	9972	7372	73,9	2600	26,1	1214523	985537	81,2	228986	18,8
1914	4866	3457	71,0	1409	29,0	863040	266356	30,8	596684	69,2
1915	8749	3883	44,4	4866	55,6	818467	816246	99,7	2221	0,3
1916	6901	6849	99,3	52	0,7	1464833	1450194	99,0	14639	1,0
1917	10529	10336	98,2	193	1,8	2798975	2782341	99,4	16634	0,6
1918	10859	10696	98,5	163	1,5	2439657	2417924	99,1	21733	0,9

Der Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 führte zunächst einen Stillstand der wirtschaftlichen Bewegungen herbei. Die Zahl der Bewegungen und die Zahl der daran beteiligten Personen stiegen deshalb in dem Jahre hinter dem Vorjahr stark zurück. Das Jahr 1915 brachte sodann zwar eine weitere Verminderung der Bewegungen, dagegen jedoch eine erhebliche Steigerung der Personenzahl. Diese steigende Tendenz setzte sich dann auch im Jahre 1916 fort, das zugleich auch ein starkes Anwachsen der Bewegungen aufwies. Die Jahre 1917 und 1918 übertrafen dann mit ihren Rekordzahlen die Ergebnisse der übrigen Jahre ganz bedeutend.

Sieht man von den Streiks mit politischem Einschlage ab, so haben Arbeitseinstellungen zur Erreichung höherer Löhne und Arbeitsbedingungen während des Krieges nur eine ganz minimale Bedeutung gehabt. Man kann diese Tatsache selbst dann bezweifeln, wenn die Zahl dieser Streiks in Wirklichkeit höher war als die Statistik ausweist. Jedenfalls haben sie nicht in dem Umfange stattgefunden, daß sie zu einer Erschütterung des Wirtschaftslebens

führten. Im Jahre 1918 verliefen von allen Bewegungen 10 096 = 93,5 Proz. friedlich und nur in 163 Fällen kam es zu Streiks. Aussperrungen hatten die an der Statistik beteiligten Verbände nicht zu verzeichnen. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 2 417 924 Personen = 99,1 Proz. beteiligt. Bei den friedlich verlaufenden Bewegungen handelte es sich in 10 490 Fällen mit 2 390 298 Beteiligten um Angriff- und in 206 Fällen mit 18 026 Beteiligten um Abwehrbewegungen.

Von den 163 Streiks waren 142 mit 14 684 Beteiligten Angriff- und 21 mit 7049 Personen Abwehrstreiks. Bei den Angriffstreiks handelte es sich in 2 Fällen um eine verlangte Verkürzung der Arbeitszeit, in 115 Fällen um geforderte Lohnerhöhungen, in 8 Fällen um beide Forderungen zusammen und in 17 Fällen lagen den Streiks sonstige Forderungen zugrunde. Die überwiegende Mehrzahl der Streiks wurde wegen Lohnforderungen geführt, daran war auch die Mehrzahl der Streikenden, und zwar 13 287 beteiligt. Von den Abwehrstreiks entstanden 9 wegen erfolgter Lohnreduzierungen, die 6627 Personen in Mitleidenschaft zogen. In 6 Fällen kamen Maßregelungen von Personen und in 6 Fällen andere Ursachen in Frage.

Der Verlust an Arbeitszeit und Verdienst durch die Streiklage konnte nur für 16 100 Streikende festgestellt werden. Diese hatten zusammen einen Verlust an Arbeitszeit von 62 084 Tagen und einen Ausfall an Verdienst von 600 632 Mk. Die Nachweisungen über die Organisations- und Familienverhältnisse der Streikenden erfolgten so lüdenhaft, daß ihre Verwendung unüberbleiben mußte. Die gesamten Bewegungen verursachten eine Ausgabe von 330 565 Mk., davon kommen 153 227 Mk. auf die Durchführung der Streiks.

Profit- oder Bedarfswirtschaft.

I.

In der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Nikolaus Osterroth, R. d. R., folgenden beachtenswerten Artikel:

In der deutschen Wirtschaft spielen sich gegenwärtig fürchtbare Krisen ab. Die Kohlen- und Rohstoffkrise wird verschärft durch die Transportkrise. Eine nicht minder empfindliche Sache ist die Preis-Krise, die alle Wertmaßstäbe revolutioniert.

Wir erleben am 1. Oktober die vierte Stahlpreis-erhöhung seit der Revolution. Der Preis für die Tonne Stahl wurde um 250 Mk. erhöht und hat mit 1000 Mk. pro Tonne den amerikanischen Stahlpreis überholt. Bei einer Stahl- und Eisenerzeugung von etwa 9 Millionen Tonnen im Jahre bedeutet diese letzte Stahlpreis-erhöhung eine Mehrbelastung unserer Wirtschaft um 2 Milliarden Mark jährlich. Im Frieden betrug der deutsche Stahlpreis nur 70 Mk. pro Tonne.

Die Kohlenpreise stehen auf 85 Mk. ab Werk pro Tonne gegen etwa 15 Mk. im Frieden. Zement kostete im Frieden pro Tonne 30 Mk., heute 300 Mk. Und diese Preise bewegen sich weiter in aufsteigender Kurve. Herr Gothein stellte jüngst im „Berliner Tageblatt“ sogar den Satz auf, daß wir uns in unserer Preisbildung den Weltmarktpreisen anpassen müssen. Das heißt, je mehr unsere Valuta sinkt, desto höher müssen wir die Rohstoffpreise treiben. Als ob unsere Rohstoffindustrie nicht in erster Linie der Befriedigung unseres Innenmarktes und dem wirtschaftlichen Aufbau dienen müßte. Wenn wir aber die Rohstoffpreise dem Weltmarktpreis, richtiger dem Sturz unserer Valuta anpassen wollen, müssen wir dann nicht die Preise für unsere Agrarproduktion und die Löhne vervielfachen?

Wohin wir mit dieser Preistreiberei kommen, merken wir sofort, wenn wir uns erinnern, daß wir unser Eisenbahnmateriale zum größten Teil erneuern, zum Teil renovieren müssen; daß wir eine Handelsflotte aufbauen und allein für die Entente jährlich 200 000 Tonnen Handelstonnage bauen müssen. Allein die letzte Stahlpreis-erhöhung steigert die budgetmäßigen Staatsausgaben um jährlich eine halbe Milliarde Mark.

Die letzte Stahlpreis-erhöhung findet nun aber in der Erhöhung der Selbstkosten gar keine Rechtfertigung. Sie dient lediglich dazu, dem Stahlwerkverband die Verluste zu ersetzen, die dessen Mitglieder durch gewagte Valutaspekulation während des Krieges erlitten haben. Die Herrschaften ließen sich nämlich die Kaufpreise für die eingeführten schwedischen Qualitätserze stunden bis drei Jahre nach Friedensschluß; die hohen Verkaufspreise für die sehr bedeutende Ausfuhr während des Krieges stecken sie dagegen sofort ein, wodurch sie märchenhafte Gewinne erzielen. Der zweite Teil der Spekulation, die Hoffnung auf den durch einen Schwertfrieden hochgetriebenen Valutasturz, verunglückte schamäblich, und die dadurch entstehenden Verluste soll nun das deutsche Volk durch sabelartige Stahl- und Rohstoffpreise decken.

Unsere ganze Wirtschaft wird erschüttert durch diese Preispolitik, die leider auch nicht unterbunden werden konnte durch die Preiskontrolle des Reiches, weil diesem und seinen Organen die Nachprüfung der Selbstkosten heute ganz unmöglich ist. Die Stahlwerksverbände sind die besseren Rechenkünstler, und sie haben immer noch die Macht, ihren Willen auf die eine oder andere Art durchzusetzen. Wie wenig die sprunghafte Preispolitik in den wirklichen Lebensbedürfnissen der Stahlwerksindustrie selbst ihre Wurzel hat, zeigt der Stand der Vorkostennotierungen. Die 15 größten Hochofen- und Stahlwerke Deutschlands notierten im Durchschnitt am Schlusse der Geschäftsjahre nach Industrius im „Sozialist“:

1910	173 Proz.	1916	210 Proz.
1911	150 „	1917	261 „
1912	170 „	1918	162 „
1913	154 „	Juli 1919	180 „
Mitte 1914	140 „	Septbr. 1919	207 „
1915 Börse geschlossen			

Also schon vor der letzten Preissteigerung standen die Papiere der 15 größten Stahlwerke und Hochofenanlagen um 45 Prozent höher als am Schlusse des Jahres 1918, das doch ein recht flottes Kriegsgewinnjahr war. Besonders zu beachten ist aber, daß die Preise im September 1919 immer noch um 44 Prozent höher standen als im Durchschnitt der fünf letzten Friedensjahre. Die heute um 60 Prozent niedrigere Erzeugung wirkt daher eine bedeutend höhere Verzinsung der Anlagekapitalien ab als die volle Friedensproduktion.

Trotz dieser finanziellen Ergebnisse und trotz der enormen Preiserhöhung vom 1. Oktober ab fordert der Deutsche Stahlbund schon wieder Preiserhöhungen. Nach Mitteilung der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 3. November 1919 verlangt man vom Reichswirtschaftsminister ab 1. Dezember eine Preiserhöhung für Stabeisen von 450 bis 500 Mark pro Tonne. Die Stahlmonopolisten gehen aufs Ganze. Sie werden angetrieben durch die jäherhaften Ausfuhrpreise, die nach dem gleichen Blatt heute folgende Sätze erreichen: Nach Holland 200 Gulden, nach Dänemark 400 Kronen, nach Schweden 350 Kronen, nach Norwegen 375 Kronen und nach der Schweiz 400 Franken pro Tonne. Das sind Preise, die bei dem heutigen Stande der Saluta das Doppelte bis Dreifache des deutschen Inlandspreises ausmachen. Leider kann man nicht die ganze deutsche Stahl- und Eisenerzeugung auf den neutralen Markt werfen, um den Appetit der Stahlverbände zu befriedigen. Sie wollen sich dafür schadlos halten und fordern deshalb die Erhöhung auch der Inlandspreise um rund 60 Prozent. Um Gründe

für die neuen Preisforderungen werden die Herren sehr nicht verlegen sein.

Ganz ähnliche Zustände haben sich auf einem verwandten Stoffgebiet, in der Zementindustrie, entwickelt, die für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fast ebenso wichtig ist. Trotzdem die Zementproduktion bis auf etwa 90 Prozent der Friedensproduktion zurückgegangen ist, werden riesige Erbinden herausgeschunden. Obgleich sich die Löhne seit Kriegsausbruch nur vervierfachten, die Rohpreise vervielfachten, ist der Zementpreis um das Dreifache gestiegen. Das finanzielle Ergebnis ist für die Zementindustriellen glänzend. Industrius berechnet im „Sozialist“ die Durchschnittsdividende von 20 an der Berliner Börse zugelassenen Zementpapieren für die letzten 10 Jahre wie folgt:

1909	7,9 v. Hundert	1914	4,5 v. Hundert
1910	4,8 „	1915	2,1 „
1911	5,7 „	1916	2,7 „
1912	9,0 „	1917	8,4 „
1913	8,8 „	1918	10,3 „

Bei einer Produktionsmenge von etwa einem Fünftel der Friedensproduktion bringt das Jahr 1918 also die höchste Dividende der letzten 10 Jahre. Das ist der Segen der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Das Volk zahlt die Reche.

Was wir in der Schwerindustrie sehen, ist eine Profitwirtschaft in Reinkultur, die eine Verzerrung der Kriegsgewinne anstrebt unter Außerachtlassung der wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft. Was wir aber nötig haben, nötiger als je, ist das Gegenteil einer Profitwirtschaft: wir brauchen die Bedarfswirtschaft. Wir brauchen vor allem einen Einblick in die Selbstkosten, die heute mit allen Mitteln verschleiert werden. Weder die Bismarck-Röllendorfsche Planwirtschaft, noch Sozialisierungsformen, wie wir sie in der gesetzlich geregelten Rohlenwirtschaft sehen, noch die Einsicht der Betriebsräte in die Bilanzen und in die Gewinn- und Verlustrechnungen reichen in dieser Hinsicht aus. Wir müssen eines oder mehrere der großen gemischten Werke in den Besitz des Reiches überführen, wenn wir die Selbstkosten der Stahl- und Eisenindustrie und der Bergwerke genau kontrollieren wollen. In einem solchen sozialisierten Großbetrieb, der die wichtigsten Anteile der Stahlproduktion umfaßt, können Reich und Gliederstaaten zunächst ihren Kohlen- und Holzbedarf selbst decken, ohne der Schwerindustrie tributpflichtig zu sein, und das Reich schafft sich dadurch einen wertvollen Kontrollapparat zur Bestimmung und Nachprüfung der industriellen Selbstkosten.

Zu Eduard Bernsteins 70. Geburtstag.*)

Von Karl Rautsky.

Nur wenigen unter denen, die an der Wiege der alten Sozialdemokratie standen, ist es vergönnt gewesen, noch die Tage der jetzigen Revolution zu erleben. Unter ihnen ist keiner so sympathisch und so bedeutend wie der Mann, dessen siebzigsten Geburtstag wir am 6. Januar gefeiert haben.

Als Eduard Bernstein 1872 zur Sozialdemokratie kam, fand er sie von todemem Bruderkampf zerrissen. Den gleichen jammervollen Zustand zeigt sie heute, in den Tagen, die sie zur politischen Macht trugen. Doch zwischen diesen beiden Stadien der Zerrüttung und Lähmung liegen vier Jahrzehnte geschlossener Parteieinheit und machtvollen Aufstiegs. In diesem gewaltigen Aufstieg, der die deutsche Sozialdemokratie zur stärksten Partei des Deutschen Reiches, zur stärksten der sozialdemokratischen Parteien der Welt machte, hat Bernstein mit voller Kraft mitgearbeitet, in den ersten Reihen, als einer der Besten unter uns.

Das Sozialistengesetz, diese große Prüfung, die so mancher nicht bestand, gab Bernstein Gelegenheit, sein ganzes Können zu offenbaren. Im Winter 1880/81 wurde er an einen der schwersten Posten der Partei gestellt, in die Redaktion des Züricher „Sozialdemokrat“, an Stelle Vollmars, der aus ihr ausgetreten war. Man nahm ihn als einen Lückenbühler, weil kein anderer zur Stelle war. Nach wenigen Wochen schon dachte jedoch niemand mehr daran, einen andern zu suchen. Der richtige Mann war in ihm gefunden.

Er stand einer äußerst schwierigen Aufgabe gegenüber. Die gesamte sozialistische Presse und Literatur war in Deutschland unterdrückt. Das eine Züricher Organ sollte sie ersetzen. Es sollte vom Ausland aus den deutschen Arbeitern Klarheit und Selbstvertrauen bringen, zu einem Zeitpunkt, da die Sozialisten Deutschlands sich im eigenen Lande nicht zurechtfinden, noch ganz betäubt von den Schlä-

gen, die Tag um Tag auf sie herniederfielen. Es galt, in würdevollster Weise Ausdruck zu geben dem revolutionären Trotz aller jener proletarischen Elemente, die noch fähig waren, Widerstand zu leisten, einem Trotz, der allein diesen Widerstand ermöglichte, und doch sich freizubalancieren von allen Illusionen und Phantastereien, die sich so leicht ins revolutionäre Denken einschleichen; von allen Nachsichtigkeiten derjenigen, die das Glend des Augenblicks nicht mehr zu ertragen vermögen.

Bernstein verstand es, den richtigen Ton zu treffen und ihn in allen Besprechungen festzuhalten, alles Schwanken zwischen furchtsamem Staatsmännertum und großmütigem Revoluzzertum zu vermeiden; ein Schwanken, wie wir es damals nur zu oft bei solchen fanden, die zwischen den beiden Extremen den Mittelweg einzubalten suchten.

Aber der „Sozialdemokrat“ wurde mehr noch als ein führender Kämpfer und kluger Führer. Er wurde auch ein Lehrer neuer Einsichten. Er war die erste Zeitung, die in konsequent marxistischem Sinne redigiert war.

Gerade um die Zeit, da Bernstein die Redaktion des „Sozialdemokrat“ übernahm, rang er sich vom effektiven Sozialismus, der uns damals alle beherrschte, zu einheitlichem marxistischem Denken durch. Ich machte diesen Prozeß an seiner Seite mit. Ein Jahr, bevor Bernstein den „Sozialdemokrat“ übernahm, war ich aus Oesterreich nach Zürich gekommen, um an denselben Publikationen wie Bernstein zu arbeiten. Aus der dörslichen Enge der Wiener Politik kam ich mit einmal in größere Verhältnisse. Neue, weite Horizonte eröffneten sich mir, und diese plötzliche Erweiterung meines Gesichtskreises ist für mich unzertrennlich verknüpft mit der Person Bernsteins, der damals mein vertrautester Freund wurde, der, um fünf Jahre älter, mir so sehr an Parteiwissen und Parteierfahrung überlegen war, und auf den in Berlin ein viel höheres politisches und soziales Milieu gewirkt hatte als auf mich in dem nach jeder Richtung hin rückständigen Wien.

So wurde mir Bernstein damals zum Lehrer. Hand in Hand mit ihm kam ich früher, als es mir sonst gelungen wäre, zu jener

* Wir entnehmen den trefflichen Aufsatz Karl Rautskys der „Weltbühne“ Nr. 2.

Auswanderung.

Trotz der schweren Menschenopfer, die uns der Krieg auferlegte, haben wir einen unbestreitbaren Ueberschuß an Arbeitskräften, weil die industrielle Tätigkeit infolge der Absperrung von den ausländischen Rohstoffen und vom Weltmarkt stark eingeschränkt ist. Der endgültige Eintritt des Friedenszustandes wird wohl in dieser Hinsicht eine Besserung bringen, aber es wäre doch verfehlt, von ihm allzuviel zu erhoffen, d. h. eine baldige Wiederkehr annähernd normaler Zustände in bezug auf Angebot und Nachfrage einerseits auf dem Arbeitsmarkt und andererseits auf dem Nahrungsmittelmarkt. Zur Verstellung des Gleichgewichtes beitragen könnte wohl eine ausgiebige Auswanderung von Deutschland nach fremden Ländern, doch ist diese lange nicht mehr so leicht, als zu unserer Väter und Großväter Zeiten — im zweiten und dritten Viertel des vorigen Jahrhunderts; damals war noch der weitaus größte Teil Nordamerikas zu kolonisieren, das heute nur noch einen bescheidenen Bedarf an ländlichen Siedlern sowie an gewerblichen Arbeitskräften hat. Freilich lägen die Dinge wesentlich anders, wenn der Krieg die industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten und Kanadas nicht unterbrochen hätte. Wie die Dinge liegen, braucht die Friedensumstellung der Wirtschaft dort wohl einige Jahre. Zudem ist mit weiteren geschickten Bekräftigungen der Einwanderung zu rechnen. Die kanadische Regierung hat schon mit Verfügung vom 9. Juni 1919 bis auf weiteres die Zuwanderung ebenfalls feindlicher Angehöriger verboten. Das Verbot erstreckt sich nicht auf jene Personen, die infolge von Gebietsabtretungen Deutschlands und seiner früheren Verbündeten Angehörige anderer Staaten geworden sind. — Im Bundesparlament der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurden mehrere Anträge auf Verbot oder ausgiebige Beschränkung der Einwanderung eingebracht. Erfolgreich ist noch keiner davon und die Aussichten auf Annahme dieser Anträge sind gering. — Einwanderungsverbote für ehemalige Feinde bestehen auch in der Union von Südafrika, im Australischen Staatenbund und in einigen weniger bedeutenden britischen Kolonien.

In Südamerika ist noch Raum genug für Menschen und die Regierungen wie die Völker der südamerikanischen Staaten stehen dem Deutschen durchaus nicht haßerfüllt gegenüber (wenn auch die Republiken Bolivien, Brasilien, Ecuador, Peru und Uruguay mehr gezwungen als aus Ueberzeugung auf die Seite der Entente getreten sind). In Brasilien, Argentinien und Chile bietet sich der Vorteil bereits bestehender deutscher Siedlungen, die namentlich in Brasilien sehr ausgedehnt sind. Ungünstig ist andererseits der Um-

stand: Alle südamerikanischen Republiken sind Ackerbauländer, die dem gewerblichen Arbeiter keine guten Aussichten auf Beschäftigung bieten. Ferner besteht nur in Argentinien und Uruguay die Bevölkerung vorwiegend aus Weißen, in allen anderen südamerikanischen Staaten sind Indianer, Neger und Mischlinge weitaus in der Ueberzahl, wenn auch in Südbrazilien und in manchen Teilen Chiles das farbige Volk keine große Rolle spielt. Wir sind nicht geneigt, die Farbigen als Menschen zweiten Grades zu betrachten, aber die Tatsache ist doch nicht aus der Welt zu schaffen, daß sie weit genügsamer und anspruchsloser sind als der Europäer, weshalb dieser als Arbeiter nicht mit ihnen konkurrieren kann, es sei denn dort, wo es sich ausgesprochen um Qualitätsarbeit handelt. Die Kernsamkeit der farbigen Bevölkerung des nördlichen Südamerika ist eine der wichtigsten Ursachen des kulturellen Stillstands der in Betracht kommenden Staaten.

In Europa selbst könnte der Osten wie der Südosten viele Menschen aufnehmen. Voraussetzung der Auswanderung dahin ist die Einkehr geordneter politischer Zustände, vor allem die Beseitigung der Ehrdesherrschaft derer um Lenin. Für ländliche Siedlung gut geeignet wären überdies die schwach bewohnten Länder Vorderasiens, auf die es während des Weltkrieges unsere Imperialisten abgesehen hatten. Auch in dem Fall gilt es abzuwarten, wie sich die politischen Verhältnisse in Zukunft gestalten.

Dringend anzuraten ist jedem Auswanderungswilligen, er möge sich weder von Agenten der Schiffahrtsunternehmungen noch von Siedlungsgesellschaften irgendwohin locken lassen. Unterrichte sich zuerst jeder selbst, so gut es nur geht, wie die Aussichten in den Ländern sind, nach denen zu wandern er Lust hat. Zur Einführung in die Kenntnis von Land, Volk und Wirtschaft in Rußland, Vorderasien und Südamerika vorzüglich geeignet ist H. Kieselings kleines Buch über deutsche Auswanderungsmöglichkeiten der Zukunft: „Vorderasien, Rußland, Südamerika“ (Verlag der Dieterichschen Verlagsbuchhandlung in Leipzig, Preis 6 Mk.). Der Verfasser kennt diese Länder aus eigener Anschauung, er versteht klar und eindringlich zu schildern, was er gesehen, und er unternimmt es nicht, im Leser Hoffnungen zu erwecken, die unerschütterliche Enttäuschungen im Gefolge haben müßten, wenn er einst wirklich selbst an Ort und Stelle käme. Am ausführlichsten behandelt Kieseling Südamerika, namentlich die Staaten Brasilien, Argentinien und Chile. Zahlenmaterial wird nicht beigegeben, weil die aus der Zeit vor dem Kriege stammenden Statistiken die Verhältnisse nicht mehr im richtigen Licht zeigen würden.

marginalen Auffassung, zu der ich mich seitdem bekenne, und die ich heute noch vertrete.

Gemeinsam arbeiteten wir für die gemeinsamen Ziele, für die wir uns gemeinsam begeisterten. Das machte unsere Freundschaft zu einer so innigen, daß sie damals in der Partei geradezu sprichwörtlich wurde.

Unser Zusammenhalt wurde befestigt und vertieft durch eine weitere Freundschaft, die sich für uns aus der Arbeit am „Sozialdemokrat“ ergab, und die für uns beide das fruchtbarste und gewaltigste Erlebnis wurde: die Freundschaft mit Friedrich Engels.

Die gemeinsame Arbeit am „Sozialdemokrat“ lehrte mich Bernstein aufs höchste schätzen. Sie zeigte mir seine ganze Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, die jede Fäulnis, jede Demagogie verächtlich machte. Seine Unbeugsamkeit, nicht nur den Machthabern, sondern auch den Massen gegenüber, seinen Mut zur Unpopulartät. Seinen großen Gerechtigkeitsinn, der sich gegen jede Ungerechtigkeit aufbäumte und auch dem Gegner gegenüber keine Ungerechtigkeit duldet.

Ich wurde aber auch Zeuge seines Fleißes, seiner Gründlichkeit, seiner Gewissenhaftigkeit, sowie nicht minder seines außerordentlichen Scharfsinns und Scharfblicks, seiner Fähigkeit, manche bemerkenswerte Erscheinung, an der wir andern achillos vorbeigingen, sofort richtig einzuschätzen.

Es fehlte ihm nicht an Kritikern und Gegnern in der eigenen Partei. Er wußte sich ihrer zu erwehren, und bald überwogen die Anhänger und Freunde. Unter ihnen die Besten aus unseren Reihen. Ein Babel, ein Singsang, ein Auer sagten nicht mit ihrer Anerkennung für Bernsteins Tätigkeit. Vor allem aber fand sie fröhliche Zustimmung bei Friedrich Engels. Der zeigte sich als ein sehr strenger Kritiker, auch für die eigenen Genossen. Aber der Züricher „Sozialdemokrat“ war ganz nach seinem Herzen.

Der Mann, der er zur Zeit des „Sozialdemokrat“ gewesen, ist Bernstein bis heute geblieben. Wieweil sich auch seitdem geändert hat in den historischen Situationen und Aufgaben unserer Partei:

in seinem Wesen hat sich nichts gewandelt — er ist stets sich selber treu geblieben.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kam er freilich zunächst in eine ungünstige Position, die ihm seine politische Tätigkeit sehr erschwerte. Der „Sozialdemokrat“ wurde überflüssig und ging ein. Das Schwergewicht der politischen Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie lag nun ausschließlich in Deutschland. Alle, die sich um den „Sozialdemokrat“, zuerst in Zürich, dann in London gesammelt, kehrten nach Deutschland zurück: nur Bernstein mußte in London bleiben. Zu viele Anklagen schwebten gegen ihn. Seine Isolierung im Exil wuchs, als Engels starb, 1895.

Gerade um diese Zeit bereitete sich der große Konflikt vor, der die ganze Internationale aufs tiefste erschüttern sollte: der Kampf für oder gegen den sogenannten Revisionismus. Er hatte im wesentlichen zwei Ursachen. In den achtziger Jahren hatte über Europa eine konstante wirtschaftliche Depression gelastet. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß sie das Ende des Kapitalismus einleitete. Da brachte in den neunziger Jahren die imperialistische Politik eine Aera neuen wirtschaftlichen Aufschwungs, gewaltiger Prosperität. Nun entstand die Frage, ob die Marxsche Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, die zu steter Zuspitzung der Klassengegensätze führte, richtig sei oder nicht.

Ein anderes Problem wurde durch die Entwicklung der zweiten Internationale gegeben, die sich 1889 gebildet hatte. Die verschiedensten sozialistischen Parteien, die den verschiedenartigsten politischen Bedingungen entsprungen, kamen nun in dauernden innigen Verkehr miteinander und suchten nach einheitlichen politischen Methoden. Das schwierigste, unstrittigste Problem wurde das des Verhältnisses zum bürgerlichen Kapitalismus. In Westeuropa, namentlich in Frankreich und England, ist er noch sehr stark, stützt er sich auf erhebliche Arbeitermassen. Ist aber gerade dadurch auch von ihnen in hohem Maße abhängig. In Deutschland, Österreich, Rußland gab es nichts Derartiges. Die bürgerlichen Demokraten hatten dort keine Arbeitermassen hinter sich. Der Liberalismus war eine rein kapitalistische Partei geworden, bürgerliche Demokraten, die sich vom Kapitalis-

Ein andres sachlich geschriebenes Buch für Auswandererlustige ist Hans Klingpors „Sollen wir auswandern und wohin?“ (Verlag Karl A. Wiesle in München, Preis 3.30 Mk.) Auf etwa 40 Seiten erörtert der Autor die Auswanderungsmöglichkeiten im allgemeinen, worauf er zur Darstellung der Aussichten für Auswanderer in Südamerika übergeht.

Von Nutzen sein wird es Auswanderern, die gesetzlichen Bestimmungen kennenzulernen, die Klingpor in der Schrift „Die Auswanderungsgehege nach Deutschland“ bei Wiesle in München veröffentlicht hat. Auf dem Laufenden erhält man sich über Auswanderungsvorschriften und Auswanderungsanlegenheiten durch Bezug des Nachrichtenblatt des Reichsamts für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, welches für 5 Mk. im Jahr nur durch die Postämter zu beziehen ist.

• Rus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Demonstrationen mit Blutergüssen gab es am 13. Januar in Berlin. Der Entwurf des Betriebsratsgesetzes, auf den wir noch ausgiebig zurückkommen, und mit dem keine Partei völlig zufrieden ist, veranlaßte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten, die Berliner Arbeitervereine zu einer Demonstration vor dem Reichstagsgebäude aufzurufen. Schätzungsweise nahmen 30 000 bis 40 000 Personen daran teil. Leider hatten sich, wie das bei solchen Anlässen immer leicht vorkommt, allerdings zweifelhafte Elemente unter die Demonstranten gemischt, die nicht nur die grünen Sicherheitskordons zu provozieren suchten, sondern sie sogar tödlich angriffen, verprügelten, ihnen die Gewehre wegnahmen und zerstückten. Fast alle Augenzeugen beklagen, daß die Sicherheitsbeamten sich außerordentlich zurückhaltend benahmen und dann erst vorgingen, als sie immer stärker bedrängt wurden und die Gefahr bestand, daß der Reichstag gestürmt würde und Berlin im Reichsage vielleicht eine ähnliche Schieflage erlebt hätte wie München vor einem Jahre in der bayerischen Landesversammlung. Die Demonstration vor dem Reichstag, die ebenso unblutig hätte ausgehen können wie es vor dem Kriege allgemein der Fall war, hat leider das ungeheure Blutopfer von 42 Toten und 106 Verwundeten gefordert, davon 1 Toter und 13 Verwundete von der Sicherheitswehr. Zwei Beamte, die in die Spree geworfen wurden, sind gerettet worden. In der Nationalversammlung haben Reichslanzler Bauer und der preußische Minister des Innern Heine den Standpunkt

der Regierungen zu diesem Krawall dargelegt. Beide machten die U. S. P. und Heine insbesondere die Abgeordneten Zubeil und Frau Riech verantwortlich. Der Fehler lag unseres Erachtens aber darin, daß die Massen lange Zeit vor dem Reichstag standen, ohne daß der Demonstration von der Leitung der U. S. P. Plan und Ziel gewiesen wurde. Die unsauberen Elemente gewannen dadurch Zeit zu Habau und Krasteel und rissen manden braven, heißblütigen Arbeiter mit Selbst Herr v. Gerlach, der sonst stets gegen die Regierung wettert und den Standpunkt der U. S. P. einnahm, schreibt in der „Welt am Montag“: „Der Massenprotest der Unabhängigen war — subektiv — durchaus berechtigt. Die Art der Veranstaltung dieses Protestes war eine unverzeihliche politische Sünde. Er wirkte nicht wie eine Demonstration vor dem Parlament und für das Parlament, sondern wie ein Attentat auf das Parlament. Wer Massen auf die Beine bringt, hat die Pflicht, diese Massen zu ordnen und zu führen. Einfach Zehntausende erregter Menschen irgendwo hinduziehen und sie dann stundenlang ohne Ziel und ohne zeitliche Grenze warten lassen, das ist unerantwortlich. Da haben die unfaulsten Habaulemente, da haben die Erblich freien Feld. Da kommt es ganz von selbst, schon einfach infolge der immer mehr andauernden Ungeduld, zu Konflikten selbst wenn die Polizei sich so zurückhaltend benimmt, wie es diesmal nach allgemeinem Zeugnis die Sicherheitswehr getan hat. Es ist keine Schande, einen begangenen Fehler einzuzulassen. Die Unabhängigen, die durch ihre Politik während des Krieges sich so große Verdienste erworben haben, läßt man daran, offen zu bekennen, daß die Art ihrer Protestveranstaltung vor dem Reichstag eine schwere Verfehlung gewesen ist, deren blutige Konsequenzen auf keinen Fall auf die Regierung und die Sicherheitswehr abgewälzt werden dürfen. Selbst dann nicht, wenn man das Maidanengewehrfeuer für eine übertriebene Abwehrmaßregel hält. Eine Abwehrmaßregel war es auf alle Fälle. Die Sicherheitswehr fühlte sich und das Parlament bedroht. Diese Bedrohung war gewiß nicht von den Unabhängigen gewollt. Aber sie war die natürliche Folge einer leidenschaftlich herbeigeführten Situation.“ So kam, was nun geschehen: ein ungeheures Blutbad, Wiederherhängung des kaum aufgehobenen Belagerungszustandes und in keinem Geleise Verbot der „Freiheit“ und der „Noten Rabe“ nebst einer Anzahl Versammlungen. Wann kommt die Zeit wieder, wo alle Arbeiter kämpfen ohne solche Schlachtfelder mit Toten und Verwundeten? Der Arbeiterschaft aber rufen wir zu: Laßt Euch bei Euren Kämpfen und Demonstrationen nicht von heftigen Worten zu Unbesonnenheiten hinreißen. Politikalität war niemals Kampfesart der deutschen Arbeiterschaft. Sie fördert nicht Euren Aufstieg, sondern dient nur der Unterdrückung und Reaktion!

mus unabhängig zu halten suchten, waren gering an Zahl und völlig einflußlos.

Der Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa in dieser Beziehung trat zwischen 1890 und 1900 um so schärfer in die Erscheinung, als der bürgerliche Radikalismus in Westeuropa die Möglichkeit hatte, regierende Partei zu werden, was in Osteuropa ganz ausgeschlossen war. Eine neue Aussicht eröffnete sich damit für die Sozialdemokratie in Westeuropa, sobald sie eine gewisse Stärke erreicht hatte, die sie bündnisfähig machte: die Aussicht, durch ein Bündnis mit dem Radikalismus aus einer Oppositions- zu einer regierenden Partei zu werden, ehe noch das Proletariat die Kraft zur Alleinherrschaft im Staate errungen hatte.

Alle die gewaltigen Gegensätze, die aus diesen Problemen entstanden, waren das notwendige Produkt der damaligen Situation des internationalen Sozialismus, unvermeidliche Wachstumserscheinungen. Aber Bernstein war der erste Sozialist von internationaler Bedeutung, der sie zur Sprache brachte, der ihre Diskussion herbeiführte. Und er blieb einer der Führer in der Polemik, die bald die ganze Internationale ergriff, mit leidenschaftlicher Erbitterung ausgefochten wurde und keinen Sozialisten gleichgültig ließ. Laut und unübelt von den einen, wurde Bernstein ebenso laut gebrandmarkt von den andern. Für oder wider Bernstein lautete allenthalben die Parole.

Damals trennten sich unsere Wege. Unsere Freundschaft schien zerrissen für immer. Die Trennung war ein höchst schmerzlicher Prozeß für jeden von uns beiden — aber: amicus Plato, magis amica veritas. Jeder von uns stellte seine Ueberzeugung höher als seine persönlichen Gefühle.

Der Riß schien unheilbar. Und doch kam es wieder anders. Nicht dadurch, daß einer von uns den andern „befehrt“ hätte. Ich glaube nicht, daß wir uns in unsern Anschauungen wesentlich geändert haben, wenngleich natürlich heute, bei ruhigerer Ueberlegung, mancher Gegenstand nicht mehr so schroff erscheint wie damals in der Hitze des wüsten Gefechts.

Aber vor allem haben die Probleme, die uns damals so eifrig

befähigten, zum Teil ihre Lösung durch die tatsächliche Entwicklung gefunden, zum Teil wurden sie durch neue Probleme zurückgedrängt, die uns ganz in Anspruch nahmen, und bei deren Lösung die früheren Gegner sich wieder fanden zu einträchtigem Handeln.

So tiefgehend der Streit um den sogenannten Revisionismus gewesen war: er hatte nirgends die sozialistischen Parteien gespalten, wie sehr auch mitunter diese Gefahr drohte. Die deutsche Sozialdemokratie war einig geblieben. Die französischen waren gespalten gewesen, als der Revisionismus aufkam. Dieser hatte vorübergehend die Spaltung vertieft; aber 1903 hatte die französische Sozialdemokratie ihre vollständige Einigkeit gewonnen.

Ungefähr zu gleicher Zeit wurde die englische Labour Party gegründet, in der sich zum erstmaligen förmlichen sozialistischen Fraktionen Englands zu einem Parteiverband vereinigen konnten.

Die Frage der Richtigkeit der Marzischen Prognose hörte auf, eine Rolle zu spielen, als der Imperialismus aus seinem ersten Stadium in sein zweites trat und an Stelle der Prosperität und steter gesellschaftlicher Erfolge die rasch wachsende Teuerung und die Stagnation des gewerkschaftlichen Kampfes trat, gleichzeitig aber auch die Rüstungslasten sich beängstigend mehrt und die Gefahr des Weltkrieges immer drohender aufstieg.

Der Kampf gegen den Krieg, der Kampf gegen die Völkerverehrung wurde nun zur dringlichsten Aufgabe für alle Sozialisten. Sie führte diejenigen wieder in enger Gemeinschaft zusammen, die sich eben noch erbittert bekämpft hatten. Da fanden sich Babel und Bauris; da wurde Bernstein, dank seiner internationalen Stellung und Haltung, zu einem Bannerträger des internationalen Gedankens in der deutschen Sozialdemokratie; da fand er sich zulammen mit Haase und mir.

Als guter Sozialdemokrat war Bernstein stets durchdrungen von dem Gedanken der internationalen Solidarität des Proletariats. Doch er blieb dabei nicht stehen. So dringend notwendig starkes internationales Empfinden ist: es reicht nicht aus, ja, es kann unter Umständen verhängnisvoll werden, wenn es nicht gepaart ist mit

Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine im neuen Jahre. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat im letzten Jahre manche bittere und gefährliche Stunde durchlebt; nicht selten schien es, als wenn auch sie rettungslos dem blinden Schicksal überantwortet werden sollte...

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Großbritannien. Den beiden britischen Großeinkaufsgesellschaften sind etwa 1470 Konsumvereine mit rund 4 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaften wird in diesem Jahre voraussichtlich 114.500.000 Pfund Sterling (2.388.000.000 M.) erreichen...

Internationales Verständnis, mit der nötigen Einsicht in die politischen und sozialen Verhältnisse des Auslands.

Dieses Verständnis wächst leider nicht stets in dem gleichen Maße wie das internationale Empfinden; es ist heute selbst in den internationalen Kreisen eine seltene Erscheinung. Zu den Wenigen, die internationales Verständnis in hohem Grade entwickelt haben, gehört Edward Bernstein...

Es wurde Bernstein ein gründlicher Kenner französischer und englischen Lebens. Gleichzeitig gewann er aber auch Vertrauen und hohes Ansehen unter den Sozialisten Frankreichs und Englands.

Als er nach Deutschland zurückkehrte, wurde er der eifrigste und kundigste Vertreter der Idee der friedlichen Verständigung Deutschlands mit den Westmächten. Wäre die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie ihm gefolgt: sie und das deutsche Volk hätten heute besser in der Welt da.

Es kam anders. Nach Ausbruch des Krieges gerieten Bernsteins Erkenntnisse und Überzeugungen in schroffsten Widerspruch zu der großen Mehrheit seiner Partei. Er fühlte sich gedrängt zum Abschied an jene kleine Minderheit, die den entscheidenden Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierung aufnahm und damit den Keim zur Unabhängigen Sozialdemokratie bildete...

Staatsarbeiter

Berlin. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung der in den Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten nahm zu der enormen Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Scharlau wurde mit übergroßer Mehrheit beschlossen, zu den bestehenden Tarifkonditionen vom 1. Januar ab eine monatliche Teuerungszulage von 150 M. und für jedes Kind eine Beihilfe von 50 M. zu fordern...

Brandbüttelekog. In einer Betriebsversammlung sprachen die Arbeiter aller Kategorien der Reichsanalverwaltung ihre Entrüstung aus über die Verhinderung der Lohnregelung. Es wurde beschlossen, mit neuen Lohnforderungen an die Verwaltung heranzutreten, da mit den jetzigen Löhnen von 1,80 bis 2 M. kein Auskommen möglich sei...

haften Friedensfreunden eingetragen, sein internationales Ansehen aus höchste gesteigert.

Ich kann von mir persönlich sagen, daß unser altes Freundschaftsverhältnis, das in den Tagen der revisionistischen Bewegung endgültig zerrissen schien, im Kriege mit seiner alten Wärme von neuem auflebte.

Und das hat sich nicht geändert durch die Revolution. Das Streben, das Bernstein seitdem aufs intensivste bewegte, ist auch das meine: das Streben nach Einigung der durch den Krieg gespaltenen Sozialdemokratie, da die Einigung allein dem deutschen Proletariat die Kraft geben kann, so viel an Errungenschaften aus der Revolution herauszuholen, wie unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist.

Ich beneide den Dreißigjährigen um diese Gaben, und ich kann ihm und uns nichts Besseres zu diesem Geburtstag wünschen, als daß seinem Einigungsstreben baldiger Erfolg beschieden sein möge.

Er wäre die würdige Krönung dieses arbeitssamen Lebens, das reich war an Mühsal, aber auch an Früchten, Früchten nicht für ihn, sondern für die große Sache, die den Inhalt seines Lebens bildete. Er wäre die Krönung seiner Parteilichkeit, aber nicht ihr Abschlus, denn trotz den sieben Jahren derk Bernstein nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen, und er hat's auch nicht nötig. An Energie, Arbeitslust und Arbeitskraft nimmt er es noch mit manchem Jungen auf.

Ich aber fühle mich glücklich, daß ich meinem lieben Freunde zu seinem siebenzigsten Geburtstag die Hand mit gleicher Herzlichkeit drücken kann, wie ich es zu seinem dreißigsten getan. Und daß er den siebenzigsten mit gleicher Hoffnungsfreude feiern kann, mit gleicher Begeisterung und Siegeszuversicht wie den dreißigsten.

Wer sich einer unsterblichen Sache geweiht hat, vermag ewig jung zu bleiben.

denen der Eisenbahn in keinen wirtschaftlichen Vergleich gebracht werden können. Die Arbeiterkraft protestiert weiter gegen die Voreinkaufung des Lohnausflusses bei Krankheitsfällen, ferner gegen jegliche Unterbindung des Emporarbeitens und gegen die unbegründete Dienstenthebung älterer, eingearbeiteter Arbeiter, sowie gegen die Verletzung dieser Dienststellen durch betriebsunkundige Neueinstellungen. Obwohl die hiesige Arbeiterschaft die schwierige Wirtschaftslage des Reiches anerkennt, ist sie durch die noch immer steigende Teuerung gezwungen, den Appell an die Verwaltung zu richten, daß sie endlich Maßnahmen ergreift, um die Notlage der Arbeiter zu lindern, indem sie im Verein mit den Ausschüssen und der Organisation sich endlich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit erklärt und demokratischen Geist in Verwaltung und Betrieb einziehen läßt.

Landstraßenwärter

Silberheim. Mit dem Kreis-Ausschuß des Landkreises Silberheim ist für die Wegwärter ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, dem wir folgendes entnehmen: Die tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Wege zur und von der Arbeitsstelle wird auf durchschnittlich 8 Stunden festgelegt, und zwar für Sommermonate März, April, Mai, Juni, Juli, August, September und Oktober auf 8½ Stunden und für die Wintermonate November, Dezember, Januar und Februar auf 7 Stunden. — In den Sommermonaten soll gearbeitet werden: vormittags von 6¼ bis 11¼ Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause von 8¼ bis 9 Uhr, nachmittags von 1 bis 5¼ Uhr mit einer halbstündigen Vesperpause von 3¼ bis 4 Uhr. — Die Arbeitszeit wird festgehalten, soweit es überhaupt angängig ist, die Ausfüllung von einzelnen Arbeiten in Akkord zu vergeben. Die Akkordsätze werden so bemessen, daß Landstraßenwärter bei fleißiger Arbeit ohne Ueberanstrengung mindestens 15 Proz. mehr verdienen können als im Tagelohn. — Für die im Akkord auszuführenden Arbeiten werden im allgemeinen folgende Sätze festgelegt: a) für das Zerfeinern von Steinen für einen Kubikmeter Granit, Metopur, Quarz und Grünstein von Langelsheim 10 Mk., Pölselt und Alfelder Schlafen 11 Mk., Tiabas 12 Mk., b) für das Aufmetern eines Kubikmeters Steine 1 Mk., Kies 60 Pf., c) für das Schütten der Erde für einen Kubikmeter 1,50 Mk., d) für das Abfahlemmen mit der Maschine für 100 laufende Meter 1,75 bis 2,50 Mk. Die Zeit für die Zurückerlegung des Weges zu einer außerhalb der vertraglich bestimmten eigenen Wärdertrede belegenen Arbeitsstelle wird besonders vergütet, wenn die Entfernung von der Wohnung mehr als 4 Kilometer beträgt. Die Vergütung wird zum Sätze von 1,25 Mk. pro Stunde festgelegt. — Vom 1. August 1919 ab wird der Tagelohnsatz auf 10 Mk. festgelegt. — Für die Zeit, wo das Werk bewacht werden muß, kann von den Wärdern die Leistung von Ueberstunden gefordert werden. Ueberstunden werden besonders vergütet, und zwar mit 80 Pf. an Wochentagen und mit 1,20 Mark an Sonntagen für die Stunde. — In Krankheitsfällen erhalten die Wärdern vom Kreise den Unterschiedsbetrag zwischen dem Krankengelde und dem Tagelohnsatz. Für die ersten vierzehn Tage wird der Unterschiedsbetrag nicht gezahlt. Vom fünfzehnten Tage ab wird er gewährt, und zwar a) nach einjähriger Dienstzeit für längstens vier Wochen, b) nach zweijähriger Dienstzeit für längstens fünf Wochen usw. für jedes zurückgelegte Dienstjahr eine Woche länger bis zu 26 Wochen. — Unter Zahlung des Tagelohnsatzes wird den vollbeschäftigten Landstraßenwärdern Urlaub gewährt. Der Urlaub beträgt nach dem ersten Dienstjahre 3 Arbeitstage, nach dem zweiten bis vierten Dienstjahre 4 Arbeitstage, nach dem fünften bis siebenten Dienstjahre 6 Arbeitstage, nach dem achten Dienstjahre 12 Arbeitstage. Der Urlaub gilt für das vom 1. April bis 31. März laufende Wirtschaftsjahr. Bis 1. April 1920 stehen den Wärdern zwei Drittel des Urlaubs zu. Bei weniger als 300 Arbeitstagen wird die Zahl der Urlaubstage im Verhältnis der Minderbeschäftigung zur Vollbeschäftigung gekürzt. Krankheitstage werden bei der Berechnung des Urlaubs als Arbeitstage angerechnet, wenn der Wärdern auf der Landstraße mindestens 250 Tage wirklich gearbeitet hat. — Den Wärdern werden 2 Grasen zum Nutzen zur Verfügung gestellt. Der Kreis-Ausschuß setzt den Preis dafür nach billigen Vermessen und nicht über den Durchschnittspreis des Kreises hinaus fest. — Der Tarifvertrag gilt für die Zeit vom 1. August 1919 bis zum 1. April 1920. Er wird schriftlich bis auf weiteres verlängert, solange nicht von einer der beiden Seiten zustehenden einmonatigen Kündigung, die zum ersten eines Monats zulässig, Gebrauch gemacht wird. — Dieser Tarifvertrag gilt auch für den Kreis Wartenburg, nur mit dem Unterschied, daß dort die Akkordarbeit im allgemeinen aufgehoben ist.

Aus unserer Bewegung

Berlin. Am Sonnabend, den 17. Januar, fanden im Berliner Rathaus Verhandlungen über unsere Anträge auf Wirtschafts- und Beschaffungsbeihilfe statt. Die Verhandlungen endeten nach mehrstündiger Dauer ergebnislos. Die Schuld tragen die Gemeinden, die unter Verkenntung der Situation Gegenanträge machten, die überhaupt undiskutabel waren. Die Gemeinden lehnten die Beschaffungsbeihilfen überhaupt ab und boten eine Wirtschaftsheilife von 50 Mk. monatlich, das ist 25 Proz. unserer Anträge Ueber die Kinderbeihilfe schwiegen sich die Vertreter der Gemeinden überhaupt aus. Sonderbarerweise. Früher vertrat die Gemeinden den Standpunkt, das Einkommen sei den Familienverhältnissen anzupassen. Jetzt, wo die Arbeiter entsprechende Anträge stellen, bleiben diese unberücksichtigt. Das wenn man Konsequenz! Nachdem die Parteien unter sich verhandelt hatten, einigte man sich dahin, allerdings unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinden, die Streitfrage einem Schlichtungsausschuß zu übertragen, bestehend aus je 3 Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und 4 Unparteiischen. Die Unparteiischen sind durch das Reichsarbeitsministerium zu ernennen. Der Schlichtungsausschuß muß bis Donnerstag, den 22. d. M., zusammenzutreten. Die Situation ist äußerst gespannt.

Sau Tüffeldorf. Mit dem Arbeitgeberverbande rheinisch-westfälischer Städte — hervorgegangen aus der Städtevereinigung — fanden am 7. Januar Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages statt. Das Resultat war nach Lage der Dinge befriedigend. Wenn auch von uns manches noch zurückgesteckt werden mußte, so sind auch die Vertreter der Städte nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der wichtigste Punkt war die Lohnfrage. Hier sollte überhaupt nichts bewilligt werden. Nach stundenlangen Verhandlungen wurden folgende Sätze vereinbart: 1. Gruppe, gelernte Handwerker, 3,20—3,40 Mk.; Gruppe 2, angelernte Handwerker mit verantwortlicher Dienstleistung, 3,00—3,20 Mk.; Gruppe 3, angelernte Arbeiter 2,70—2,90 Mk.; Gruppe 4, ungelernete Arbeiter, 2,50—2,70 Mk.; Gruppe 5, Frauen usw. für einfache und leichte Beschäftigung, 1,70—2,00 Mk. die Stunde. Es sind dies rund 40 Pf. in den ersten 4 Gruppen. In der 5. Gruppe 30 Pf. die Stunde Lohnerböhung. Diese Sätze treten ab 15. Januar in Kraft. Der Mantelvertrag wurde bis zum 31. Dezember 1920 abgeschlossen, wenn nicht durch einen Reichstarif ein früheres Ablösen notwendig wird. Der Lohnsatz kann jeden 1. und 15. mit vierwöchiger Frist gekündigt werden. Geltung hat der Vertrag nur für die Mitglieder der vertragsschließenden oder durch sie vertretenen Organisationen. Neben einigen sonstigen Verbesserungen ist das Letzte ohne Zweifel das Wichtigste für unsere Organisation. An unseren Mitgliedern wird es jetzt liegen, die Indifferenten auf diese Tatsache aufmerksam zu machen und sie für die Organisation zu gewinnen.

Karlsruhe. In der Generalversammlung am 4. Januar gab Vorsitzender Willinger einen Rückblick über die Ertragsverhältnisse des vergangenen Jahres. Die Mitgliederzahl stieg von 60 auf 368. Die Abschließung des ersten Tarifvertrages im März brachte zwar nicht alles, was erwartet wurde, doch wurden trotz des Tarifs eine laufende Teuerungszulage von täglich 4 Mk. und eine einmalige Beschaffungsbeihilfe von 500 Mk. und für jedes Kind 50 Mk. nachgefordert und bewilligt. Der Bericht des Kassierers dagegen wurde ohne Debatte genehmigt. Bei den Vorstandswahlen wurde die bisherige Verwaltung fast einstimmig wiedergewählt. Kollege Wittenbeck regte an, eine Teuerungszulage oder Lohnzulage zu verlangen.

Neuf. Die hiesigen Gemeindearbeiter hatten Forderungen eingereicht. Sie haben nun einen vorläufigen Vorstoß von 60 und 50 Proz. des bisherigen Lohnes erhalten.

Bonn. Die Gemeindearbeiter der Stadt Bonn hatten in den letzten Dezembertagen gemeinsam mit der christlichen Organisation neue Lohnforderungen eingereicht und späterhin erhielt, den Arbeitern bei der herrschenden Teuerung wenigstens einen Vorstoß auf die beantragte erhöhten Sätze zu gewähren. Da die Forderungen 12 Mk. betragen, hatten die Organisationen zwei Drittel des Betrages als Vorstoß beantragt. Ganz 3 Mk. hat man der Arbeiterschaft durch ein Schreiben an und auch in der Kommissionierung bedurft es enthielten einen Tränens der Organisationsleiter, den Betrag auf 6 Mk. für Erwachsene und 1,50 Mk. für Jugendliche zu erhöhen. Bei den Verhandlungen mußten wir zuerletzt feststellen, was wir im Interesse der Beteiligten für dauerlich halten, weil in dem einen Teile die Stadtverwaltung auf den Gedanken abdriftet werden konnte, daß dem christlichen Sekretär, der vor der Abstimmung seine Hand unter den Arm nahm und verdrand, das Ergebnis der Verhandlungen gleich sei. Wenn man allerdings nur sein Sprüchlein befragt und glaubt damit seine Mission als Arbeitervertreter erfüllt zu haben, dann war sein Ver-

halten richtig. Wir aber glauben, daß die christlich organisierten Gemeindeglieder und vor allen Dingen die Straßenbahner mit dieser Art der Interessensvertretung nicht einverstanden sein werden und sich wohl überlegen müssen, welche Antwort darauf zu geben ist. Daß der zweite christliche Kollege sich bei den einzelnen Abstimmungen der Stimme enthielt und beide so dafür sorgten, daß unsere auf 8 Mk. und 10 Mk. lautenden Anträge unter den Tisch fielen, während der Antrag des Zentrumskammerkassiers Wellmann, 6 Mk. und 1,50 Mk., die entsprechende Mehrheit erhielt. Aber noch etwas anderes muß festgestellt werden: es sind Anträge gestellt worden, die für die Beteiligten eine Brüstung bedeuten. Der christliche Sekretär beantragte, die Straßenbahnschaffner mit den Streckenwärttern usw. in eine Gruppe zu werfen und einen einheitlichen Lohn neuerdings festzusetzen. Bisher waren die Schaffner in einer Gruppe für sich. Nachdem wir nun auch bei den Straßenbahner-Interessen zu vertreten haben, werden wir selbstverständlich gegen diese Verschlechterung protestieren und Abänderung verlangen. — Die Mitgliederversammlung nahm nach einem Referat des Kollegen Sport Stellung zu dem vorläufigen Vorschlagsentwurf und bedauerte, daß es durch die Unmöglichkeit einzelner Stadtväter nicht möglich war, den Arbeitern mehr Entgegenkommen zu zeigen. Die Kollegen erwachten bestimmt, daß die endgültige Regelung nicht zu lange auf sich warten läßt. Etwas anderes erühten wir aus dem Munde der Verwaltung. Die Stadt hatte durch eine Preisfeststellungskommission eine umfangreiche Arbeit über die Lebenshaltung der einzelnen Familien geschaffen, welche Zahlen von den Vertretern der Arbeiter als beweiskräftig herangezogen wurden, daß die Forderungen über die Höhe durchaus berechtigt seien. Man staunte; jetzt erklärt das Oberhaupt der Stadt, derartige Aufstellungen wie die vorliegende seien für ihn ganz wertlos und nicht geeignet, eine Unterlage zu bilden für das Feststellen des Existenzminimums. Wir verstehen, daß diese Worte in dem Augenblick, wo sie gegen die Erzeuger angewandt wird, unangenehm wirkt, aber damit ist doch noch nicht bewiesen, daß diese amtlich festgesetzte Arbeit der Erfassung der Lebensmittelpreise nun auf einmal eine Sühntat sei. Wir werden die amtlich uns in die Hand gegebenen Unterlagen weiter ausbauen und bei den kommenden Verhandlungen gebrauchen.

Gesamt. Die Generalversammlung am 9. Januar nahm einen Antrag über die „Vollfürsorge“ entgegen. Beitrittserklärungen sowie Meldungen von Mitarbeitern für die „Vollfürsorge“ nimmt Kollege Wutjan, Berliner Str. 26, entgegen. Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Abänderung des Existenzminimums wurde nicht zugestimmt. Die Mitgliederzahl am Schlusse des 4. Quartals 1919 betrug 662. Das Filialvermögen beträgt 2186,37 Mk. Die Tarifverhandlungen werden voraussichtlich am 17. Januar beginnen. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, in der Frage der Feuerungszulagen sich den Beschlüssen der Berliner Kollegen anzuschließen. Ein sofort auszahlender Vorschlag von 100 Mk. soll gelehrt werden. Es sollte ferner mitgeteilt werden, daß das Fahrpersonal der Straßenbahn sowie auch die Fahrer und Maschinenisten zu unserem Verband übertreten sind. Die Verammlungsberichte sollen im laufenden Geschäftsjahr auch im „Vollboten“ veröffentlicht werden. Ein Wechsel in der Besetzung der Korstelldelegation wird dem Vorstand überlassen. In den Vorstandssitzungen soll auch der Obmann der Arbeiterausschüsse geladen werden. Kollege Pieper von der Sektion der Straßenbahner wird einstimmig als Vertreter in den Vorstand gewählt. Für auswärtige Sitzungen werden folgende Entschädigungssätze festgesetzt: Berlin und holländische Vororte 4 Mk. einschließlich Fahrgehalt. Für weiter entlegene Ortschaften 7,50 Mk. einschließlich Fahrgehalt.

Märkt. In der Mitgliederversammlung am 30. Dezember berichtete Kollege Vrose über die Verhandlungen mit dem Magistrat. Für eine Erhöhung der Lohnsätze war dieser erst nach langem Drängen zu haben. 10 Pf. Aufbesserung bewilligte er pro Stunde. Die Versammlung stimmte dem neuen Lohnsatz zu. Er ist am 1. Januar in Kraft getreten. Die Löhne betragen nunmehr: Handwerker 2,25 Mk., angelernte Arbeiter mit besonderer Verantwortung 2,10 Mk., angelernte Arbeiter 1,95 Mk. und unangelernte Arbeiter 1,85 Mk. pro Stunde. Kolonnenführer und Sorarbeiter erhalten 10 Pf. Zulage zu obigen Sätzen pro Stunde.

Preis. In der Generalversammlung am 4. Januar gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 192. Die Einnahmen im 4. Quartal beliefen sich auf 1427,90 Mk., die Ausgaben, mit Abführung an die Hauptkasse, 1071,43 Mk., so daß der Bestand der Kasse 729,31 Mk. betrug. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Preisbildungsbeihilfe. Die Bürgermeister Dietrich den beiden Obmännern der Lohnkommission mitteilte, sei die Preisbildungsbeihilfe von der Kommission abgelassen worden mit der Begründung, daß die Löhne der holländischen Arbeiter von Anfang des Jahres um 4 bis über 600 Proz. gestiegen seien, während die Gehälter der Beamten nicht hinter dem zurückblieben. (?) Diese Ausführungen riefen allgemeine Entrüstung hervor. Die Versammlung beschloß einstimmig, den wahren Grund der Ablehnung einzuholen und abermalige Forderung der Preisbildungsbeihilfe. Des weiteren wurden die fortwährenden Preissteigerungen aller wichtigsten Lebensmittel kritisiert und Stellung

genommen zu den nicht zu umgehenden Lohnforderungen, damit wenigstens dem Arbeiter die Möglichkeit geboten sei, sich die notwendigen Lebensmittel zu verschaffen. Den der Organisation noch fernstehenden aber kann nicht dringend genug empfohlen werden, sich reiflich unsern Verbänden anzuschließen, der ihre Interessen voll und ganz vertritt.

Gasse a. S. In der Mitgliederversammlung vom 9. Januar gab Kollege Hertel die Abrechnung. Die Einnahme der Kasse betrug 11 065,74 Mk., die Ausgabe 5663,13 Mk., bleibt ein Bestand in der Filialkasse von 6402,61 Mk. Die Einnahme der Hauptkasse weist 8910,80 Mk., die Ausgabe für den Hauptvorstand 2237,16 Mk. auf. An den Hauptvorstand wurden 6673,44 Mk. abgeführt. Der Mitgliederbestand beträgt 1811. Beschlossen wurde, dem Ortsbeamten Hertel für die Monate November, Dezember und Januar pro Monat eine Extravergeltung von 80 Mk. zu gewähren. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Kahnt 1. Vorsitzender, Bräunert 2. Vorsitzender, Hertel 1. Kassierer, R. Wüller 2. Kassierer, Haas 1. Schriftführer, Kollege Hertel gab bekannt, daß die Unterstützungssätze mit Sozialzuschlag nunmehr betragen: Bei Arbeitslosigkeit in 1. Klasse 2 Mk., 2. Klasse 10,50 Mk., 3. Klasse 9 Mk., 4. Klasse 7,50 Mk.; bei Krankheit 9 Mk., 7,50 Mk., 6 Mk. und 4,50 Mk.; bei Streiks 30 Mk., 25 Mk., 20 Mk., 15 Mk. sowie für jedes Kind 1,50 Mk.; an Sterbeunterstützung 70 Mk., 80 Mk., 90 Mk., 100 Mk., 110 Mk., 120 Mk., 130 Mk., 140 Mk., 150 Mk., 160 Mk., Ehefrauen die Hälfte; an Kindersterbeunterstützung in allen Klassen nach 52 Wochen für Kinder bis zu 1 Jahre 10 Mk., von 1 bis 6 Jahren 20 Mk., von 6 bis 14 Jahren 30 Mk. Rotunterstützungen sollen von Fall zu Fall geregelt werden; diese Unterstützungen kommen nur in einfacher Höhe in einer Familie zur Auszahlung. Die vorliegenden Sätze kommen zur Abstimmung und werden gegen 5 Stimmen angenommen. Für die streikenden Berliner Metallarbeiter sind 1681 Mk. abgeliefert worden.

Karlstraße i. R. In einer überfüllten Mitgliederversammlung sprach am 8. Januar Gauleiter Bürker über einen Antrag auf eine tägliche Feuerungszulage. Die Gaslieferung des Monats die Forderung einer Lohnerhöhung von 75 Proz. Wir sind geneigt, nach der schnell veränderten Lage sie auf 100 Proz. zu reduzieren. Bis zur Verhandlung über den Tarif am 1. April müssen wir sie vielleicht nochmals ändern. Die einmütigen Zulagen sind gleich auszugeben und werden nicht bewertet. Wir verlangen zu den Grundlöhnen laufende tägliche Zulagen. Die oben Anträge, die darauf hinauszielen, die Gleichstellung der unteren Beamten und Arbeiter herbeizuführen, sollen bei der neuen Forderung energisch vertreten werden. Der Differenzbetrag von 1200 Mk. und mehr im Lohnunterschied zwischen unteren Beamten und Arbeitern ist zu fragen. Außerdem soll zu dem so geringen Einkommen eine Zulage von täglich 6 Pf. kommen. Geht die Besteuerung höher, müssen wir uns den Verhältnissen anpassen. In der letzten Versammlung wurde uns empfohlen, mit den Beamten zusammenzugehen, doch dazu gehört auch das nötige Solidaritätsgefühl jenseits. Bedauerlicherweise führt die heutige Regierung die Preispolitik der alten Regierung weiter. Die Bürgerlichen, die diese Politik fördern, versuchen damit nur das arbeitende Volk gegen die vermeintliche „sozialdemokratische Regierung“ aufzubringen. Sie reihen sich die Hände, wenn sich die Arbeiter gescheiden. Auch der Bauer sieht es gern, wenn der Arbeiter auf die Regierung schimpft und nicht auf si. selbst. Die politische Organisation ist diejenige, die die Lebensmittel verhüllen muß, deshalb müssen die Arbeiter sich mehr politisch organisieren und in ihren Parteien dahin wirken, daß mit der bisherigen Preispolitik Schluss gemacht wird. Der Abschluß des Reichstarifs ist verlagert bis 1. Juli 1920. Wir Badener werden zu einem Landesstarif kommen. Letzterer wird in den nächsten Tagen eingereicht. Der Tarifvertrag wird auf ein Jahr abgeschlossen. Während die Löhne örtlich, mit einmütiger Kündigung, von Quartal zu Quartal geregelt werden. Eine noch zu wählende Lohnkommission, in der Karlstraße zwei Vertreter erhält, wird die gestellten Anträge mitarbeiten. Die jetzt gestellten Anträge sollen die Uebergangsfunktion sein. Nach eingehender Diskussion wurde mit großer Majorität der Antrag der Ortsverwaltung angenommen. Der neue Tarif wird in einer besonderen Versammlung durchberaten. Die Beiträge für Karlstraße betragen: bei 35 Mk. Einkommen 80 Pf., davon 20 Pf. Sozialzuschlag, bei 36—50 Mk. Einkommen 1 Mk., davon 20 Pf. Sozialzuschlag, bei über 50 Mk. Einkommen 1,20 Mk., davon 30 Pf. Sozialzuschlag. Die Büroausgaben finden künftig statt: Montag und Donnerstag von 2—6 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 4—6 Uhr, Samstag von 8—1 Uhr zur Erhebung von Krankenunterstützung. Die Mitglieder werden gebeten, diese Zeiten auch einhalten zu wollen.

Landesrat i. SdL. Am 11. Januar hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht geben wir folgenden Auszug: Bis zum Dezember 1918 gehörten der Filiale nur 18 Mitglieder an. Durch energische Agitation, wobei sich Kollege Richter besonders verdient gemacht hat, ist es uns gelungen, die Mitgliederzahl auf 123 zu erhöhen. Die Chauffeurarbeiter im Oberrhein, die Gaswerkarbeiter in Liebau, die hiesigen holländischen Quillarbeiter haben sich unserer Organisation angeschlossen, und der

vollständige Anschluß der auf der Heilstätte „Schönwiese“ beschäftigten steht bevor. Durch eingereichte Forderungen auf Erhöhung der Feuerzulagen war uns die Möglichkeit geboten, unsere Lage zu bessern. Unser heutiger Tariflohn beträgt ab 1. Januar 1920: für Installateure 2,10 Mk., Feuertente 2,30 Mk., Eisenarbeiter und Installationshelfer 2,10 Mk., Postarbeiter 1,80 Mk., Stalarbeiter (voll leistungsfähige) 1,70 Mk., Stadtarbeiter (minder leistungsfähige) 1,40 Mk., Frauen 1,30 Mk. pro Stunde. Hierzu kommen die Wohlfahrtseinrichtungen und eine Kinderzulage von 12 Mk. pro Monat pro Kind. Forderungen wurden noch eingereicht: für die Haushälterinnen bzw. Arbeiter in Oppau, für die städtischen Hilfsarbeiter, Gaswerksarbeiter in Viebau und für die Angestellten und Arbeiter der Heilstätte „Schönwiese“.

Lichtenstein-Gallenberg. Die Generalversammlung am 5. Januar nahm den Geschäftsbericht entgegen. Daraus folgte die Wahl des Vorstandes. Gewählt wurden Kollege M. Fuchs als 1. Vorsitzender, Kunis als 1. Kassierer, C. Müller als 2. Kassierer.

Scherbe, Olyp. Die Generalversammlung am 6. Januar nahm den Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat entgegen. Es wurde beschlossen: eine tägliche Zulage von 6 Mk. für verheiratete und 5 Mk. für ledige Kollegen; die Kolleginnen erhalten eine tägliche Zulage von 3 Mk. — Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Grundsätze, die von allen der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen innewohnen sind. Der Gewerkschaftsvorstand hatte sich mit einem Antrag verschiedener Angestelltenverbände zu beschäftigen, wonach die feineren einmal beschlossenen gewerkschaftlichen Grundsätze für alle der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Gewerkschaften geändert werden sollten. Der Vorstand hatte diese Frage nicht endgültig entschieden, sondern die Erledigung des Antrags dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übertragen. Der Vorstand hat nach einer Reihe von Verhandlungen mit allen in Betracht kommenden Stellen nunmehr eine abschließende Verständigung erzielt. Die jetzt endgültig festgesetzten Grundsätze haben folgenden Wortlaut:

Zusammensetzung: Eine Arbeitnehmergewerkschaft bezugsweise deren Parteien oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufs, Arbeitgeber oder deren Vertreter dürfen dieser Arbeitnehmergewerkschaft nicht angehören. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um bisherige Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft handelt, die inzwischen Arbeitgeber oder Arbeitgebervertreter geworden sind und ihre Mitgliedschaft in der Arbeitnehmergewerkschaft nicht aufgeben wollen. Diesen außerordentlichen Mitgliedern darf weder sich noch Stimme in den leitenden, örtlichen, bezirkslichen oder zentralen Instanzen der Arbeitnehmergewerkschaft zugewilligt werden. An Abstimmungen innerhalb der Ortsgruppe, der sie angehören, dürfen sie nicht teilnehmen. Arbeitgeber, die als solche aufgenommen wurden, müssen entfernt werden. Die Gewerkschaft muß den Grundgeden der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen und betonen.

Leitung. Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle wie auch in den Bezirks- und örtlichen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

Zwecksetzung. Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufs.

Mittel und Zweck. Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht: a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen; b) die Arbeitsniederlegung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen. Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen. Die Unterstützung, die auch im Falle einer Aussperrung oder Mahnregelung den Mitgliedern zu zahlen ist, muß in den Gehältern der Arbeitnehmergewerkschaft sichergestellt werden; c) die geistige und fachliche Ausbildung der Mitglieder; d) Rechtschutz und Unterstützungsbereitungen; e) Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen. Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Verwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen. Die Grundsätze gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Rundschau

Rustbarkeiten. In München kamen in einem Monat des Jahres 1919, im Oktober, 425 000 Mk. Rustbarkeitssteuer für die Gemeinde ein. Diese Meldung sucht man wieder auszusprechen als Beweismaterial für die „Verberbertheit“ des Volkes. Daß viele in einen ewigen Treubentaumel hineingeraten, in allen Kreisen, ist bekannt, und es ist natürlich nicht das Ziel des Menschheitslebens, dahinzuschweifen im leichtem Genießen des Tages. Doch wer sich zum Richter berufen fühlt, der lerne zunächst vor allem verstehen. Es ist eine ewig wiederkehrende Erscheinung, daß Extreme erzeugen, daß der Mensch aus der einen Annatur in die andere verfällt. Und darum war es vorauszusehen, daß der Krieg mit seinen wahnsinnigen Entbehrungen, mit seinen großen festlichen Leiden zur Folge haben würde eine Sucht zum Ausleben. So natürlich begreiflich ist diese Folgeerscheinung, daß es uns auch gar nicht wunder nimmt, wenn z. B. auch das belgische Volk, wie feinerzeit berichtet wurde, nach unserem Rückzuge sich einem großen Vergnüungstaumel nach den Jahren der Entbehrung hingeeben hat, in allen Kreisen. Am Volke liegt solch ein Hin- und Hergerworfenwerden in die Extreme nicht, sondern an den Verhältnissen, an der sozialen Struktur, an der wirtschaftlichen Zusammensetzung der Zeit. Heute Not und morgen Freude, heute Arbeit, morgen Hunger, heute Hebermut und morgen Verunsinnung, Arbeitstod. So war es schon vor dem Kriege, und wer tiefer schaute, tiefer fühlte, der erkannte schon vor dem Kriege die Annatur solcher Zustände, solchen Lebens ohne Halt, ohne Boden, ohne Ziel. Hin und her und auf und ab; der Mensch ein Spielball des Zufalls; das ist der Charakter des Kapitalismus. Je mehr dem Kapitalismus durch unseren gewerkschaftlichen Kampf die Spitze gebrochen wird, um so mehr ziehen ins Leben ein Ruhe, Sicherheit, Gleichmut und ein Lebenslied der Gediegenheit und Gleichmäßigkeit und des ewigen Wachstums zu immer klareren und freieren Höhen einer harmonischen Allmenschlichkeit.

Nach einmal: Zum Gewerkschaftsrecht. Gegen den Artikel des Kollegen Frenzlau-Verlin sind uns von verschiedenen Seiten Meinungsäußerungen zugegangen, die wir aber nicht abdrucken können, da u. E. durch die Nichtabstellungen das Wichtigste hergestellt ist, wenngleich wir nicht verkennen wollen, daß noch vieles dazu zu sagen wäre. Mit Interesse aber auch im Interesse unserer Leser bitten, von solchen Diskussionen zeitig Abstand zu nehmen, da unsere Raumverhältnisse noch immer überaus beschränkt sind und die Redaktion dauernd bemüht sein muß, das Interesse aller Leser der „Gewerkschaft“ wahrzunehmen. Aus diesem Grunde erscheinen und in gegenwärtiger Zeit längere Beiträge unangebracht denn je. Wir wollen aber aus einer längeren Einsendung unseres langjährigen früheren Bilanzvorsitzenden von Rosenheim, des Kollegen Geisler (um auch die andere Seite not etwas zu hören), doch wenigstens einiges herausgreifen, das in unseren Randbemerkungen nicht Erwähnung fand. Kollege Geisler schreibt u. a.:

Kollege Frenzlau hielt es für notwendig, eine längere Abhandlung zum Gewerkschaftsrecht zu schreiben. Inwieweit seine persönliche Meinung zutreffend ist, hat ja die Redaktion gebührend beantwortet. Frenzlau hielt es für klug, zu schreiben, man kann nicht zwei Höhen dienen, und Arbeiterführer dürfen nur Arbeiterinteressen vertreten und nicht die Allgemeinheit. Was der Kollege damit sagt, ist recht ungeschickt, denn auch die Interessen der Arbeiter sind die Interessen der Allgemeinheit! Es kommt eben darauf an, wie die Interessen der Arbeiterschaft im Ziele der Allgemeininteressen vertreten werden können und auch vertreten werden, wenn nicht besondere Querläufe oftmals hinderlich im Wege stünden. Kollege Frenzlau scheint ferner der Meinung zu sein, die neuen Millionen der Gewerkschaften reifen sich aus in 7 bis 8 Monaten zur vollen Überzeugung jedes einzelnen, wie es notwendig wäre. Leider liegt das noch in weiter Ferne in Fernen und anderswo. Heberzeugung Klassenkämpfer werden nicht in 8 oder 10 Monaten zu erzielen sein, sondern erst nach viel Aufklärung und nach erfolgter Befriedung des Denkens der Massen, auf denen vielfach der mehr als vierjährige Krieg mit seinen Begleiterscheinungen noch laftet. Unverantwortlichen Vorwandrednern wird leider noch zum großen Teile Gehör gegeben. Die Rechte des werktätigen Volkes müssen im geistigen Kampfe erstritten werden. Die Gewalt baut nicht auf, sondern drängt die schaffende Menschheit nur immer weiter zurück! Man denke, beurteile, überlege und dann handeln, das wird die Zukunft der schaffenden und werktätigen Stände aller Welt sein müssen! — Wir möchten es nun aber bei dieser Aussprache belassen.

In unserem Artikel: „Terrorismus und Organisationsfähigkeit“ erhalten wir folgende Zusätze: „Es ist in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ der Artikel des Redakteurs Eckling im „Berliner Tageblatt“ so ausgelegt, als ob derselbe die Stellen in Gänze genommen hätte. Dieser Artikel behandelt jedoch in sachlicher Weise nur den Entwurf des Betriebsratsgesetzes und behandelt die Stellungnahme

der Demokraten und Zentrumspartei, sowie der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine gegen die Bestimmungen in dem betreffenden Gesetzentwurf, wonach die Betriebsräte ein Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern haben sollen. Es ist den Arbeitern der freien Verbände bis jetzt schon ohne das Betriebsrätegesetz möglich gewesen, Mitglieder anderer Organisationen aus ihrer Arbeitstelle zu verdrängen und wenn den Betriebsräten das Einspruchsrecht bei Einstellung von Arbeitern noch gesetzlich sanktioniert wird, so wäre manch tüchtiger, ehrenwerter Arbeiter zu jahrelanger Arbeitslosigkeit verurteilt aus dem einfachen Grunde, weil er nicht derselben Organisation angehört, dessen Mitgliedschaft oder Sympathie eines fanatischen Betriebsrates sie sich erzieht. Gegen Arbeiter, die keiner Organisation angehören und als Drohnen der Arbeiter nur die Vorteile genießen wollen, welche die Arbeiterorganisationen errungen haben, sind wir jederzeit in der Lage, uns zu wehren, ohne besondere gesetzliche Bestimmungen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben niemals Gemeinschaft mit den Organisationen der selben gehabt und ihre Organisationen niemals als gleichberechtigt anerkannt, während sie mit den freien Verbänden bei Tarifverträgen und ähnlichen Unternehmungen in Arbeitsgemeinschaft sich befinden, was der Redaktion der „Gewerkschaft“ doch bekannt sein sollte. Gustav Paesler, Straßenarbeiter. — Dazu ist zu sagen, daß wir keineswegs zu viel begehrt haben. Viele Jahre hindurch herrschte in der Berliner Straßenreinigung eine Arbeiterhölle, die sich nach außen ein Hirsch-Dundersches Wäntelchen umhing, in Wirklichkeit aber im Vertriebe den schlimmsten selbst Terrorismus ausübte, die unjüdische Verbände mitglieder in jeder Weise zu verewaltigen suchte und der u. a. auch alle Fortarbeiterstellen vorbehalten blieben. Beiträge an ihre Hirsch-Dundersche Organisation haben sie kaum jemals bezahlt. Als diese aber darauf drang, war es auch mit der Liebe dieser Gelder zu den Gewerksvereinen vorbei! Allerdings scheint es ja, als ob diese Leute sich bei den „Kirchlichen“ wieder anzubiedern suchen. Von allem war Herrn Erleleug nichts bekannt oder, was noch schlimmer, er verheimlicht es geistlich. Und auch Kollege Paesler (Balduin) weiß nichts davon. Wir nehmen den guten Glauben des Kollegen Paesler an, müssen uns aber wundern, daß er es wagt, die Unwissenheit des Herrn Erleleug, die eine große Irreführung der „Gewerkschaft“ Zeit bedeutet, mit seinem Schreiben zu stützen, obwohl er offensichtlich ebenfalls keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen in der Berliner Straßenreinigung hat. Wenn uns der Mann für Rücksichtsetzungen nicht zu schade wäre, könnten wir mit ungeheurem Material aufwarten über die ungewissenhaft gelte Rolle, welche der „Kreisverein Berliner Straßenreiner“ als Direktionsstuppe jahrelang gespielt hat.

Kollegabganzel. Am 17. Dezember hielt Kollege Kolenske vor den Gemeindefreiwärtern Charlottenburgs einen Vortrag über „Sozialistische Probleme“. Ein Zuhörer schreibt und dazu folgende Ergänzungen: Ich möchte hier nicht das Für und Wider des Vortrags erörtern, sondern nur auf einen Punkt eingehen, der alle Interessierten interessiert: „Volkspädagogik“. Der Redner führte u. a. aus: „Uns ist früher nicht die Möglichkeit gegeben gewesen, uns weiterzubilden. Dafür müssen wir für die heranwachsende Jugend sorgen und sie im sozialistischen Denken und Handeln schulen.“ Hierzu möchte ich bemerken: Nicht nur die Jugend soll herangebildet werden, sondern auch wir, die wir die Republik gebaut haben, wir, auf die es beim nächsten Kampf ankommt; ob er nun mit der Feder oder mit der Waffe geführt wird, ist gleichgültig. Die „Alten“ sollen sich auch weiterbilden. Aber nicht nur im sozialistischen Denken und Handeln, sondern auch wissenschaftlich in den elementarsten Dingen sollen wir uns weiterbilden. Wenn wir so unseren Wissensdurst befeuern und uns dann mit Sozialpolitik und mit Politik überhaupt beschäftigen, dann ist es uns eher möglich, einen ausgiebigeren Sieg über die „Reaktion“ zu erlangen, als es uns bisher möglich war. „Wissen ist Macht!“ Auf der reaktionären Seite ist nun die größere Furcht. Unser Vortreiben muß es sein, einen noch größeren Wissensdurst zu erwecken, um diese Intelligenz zu überbieten. Wenn man dann aber in der Diskussion als Einwurf hört: „Die Führer sind daran schuld, daß die Massen an unrichtigen Zielen irre werden“, dann müssen wir es als unser Pflicht erkennen, daß wir uns weiterbilden, um allein das richtige Ziel zu erreichen. Die Führer sind auch bloß Menschen und können sich irren. Wenn wir aber wissen, um was es sich handelt, und jeder einzelne ist orientiert, dann kann jeder gegebenenfalls in die Fellede führen und um so mehr ist ein Hand-in-Hand-arbeiten möglich. Das kann aber nicht von heute auf morgen geschehen, sondern das geht meiner Ansicht nach so, wie ich es schon oben erwähnte. Nebenall sind Bestrebungen im Gange, „Volkshochschulen“ und „freie Volkshochschulen“ einzurichten. Aber jetzt schon merken wir eine Gegenströmung. Das Volk soll anerkennend nicht zu klein werden; denn es werden Hörensagen erhoben, die gar nicht niedrig sind. Für eine Stunde 30 Pf., für eine Abendstunde 50 Pf. Wenn es im Anfang auch wenig erzieht, so macht es doch im halben Jahr, bei zwei Doppelstunden oder sogar vier einstufigen Stunden, ein erhebliches Summen aus. Im Falle der Bedürftigkeit und für Arbeitslose sollen die Gebühren erlassen werden. Natürlich erst nach Ein-

reichung von seitenlangen Berichten, bis das Semester vorbei ist. Dann kommt man mit der Bemerkung: „Im Interesse der Sache ist eine Sitzgebühr erwünscht.“ Nein! Im Interesse der Sache ist es erwünscht, daß alle Arbeiter und Angestellten unter Verminderung unnötiger Kosten daran teilnehmen können! Oder es wird gesagt: „Wenn es nichts kostet, dann laugt es auch nichts.“ Das ist ebenfalls grundverkehrt. Immer prüfen, was dahinter steckt! Auf eine Veranstaltung des Magistrats von Charlottenburg will ich hinweisen. Es existieren im Schiller-Realgymnasium „Freie Volkshochschule“, die speziell für Arbeiter und Angestellte eingerichtet sind und nicht zu kosten. Die Kurse und Vorlesungen finden an jedem Wochentag, außer Sonnabends, von 7—10 Uhr statt. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Charlottenburg 1, Ballstr. 80, Arbeiterschule. Arbeiter, Angestellte, nehmt die Gelegenheit wahr und bildet Euch weiter. Denn erst „Geist adelt den Menschen“.

Die „Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin“, Adalbertstraße 41, bleibt erfreulicherweise der Berliner Arbeiterschaft erhalten. Genosse Demann teilt uns mit, daß das Institut am 1. Januar 1920 von der Stadt Berlin übernommen wurde. Wir freuen uns, daß unser Appell in Nr. 45 der „Gew.“ an die Oeffentlichkeit, der auch von anderer Seite erhoben worden ist, diese Kulturstätte auf jeden Fall zu erhalten, nicht fruchtlos war. Das Institut steht jedermann unentgeltlich zur Verfügung. Wir können unseren Lesern nur immer wieder empfehlen, die Bibliothek reichlich zu benutzen und die Lesehalle recht oft zu besuchen.

Benutzung von Schulgebäuden zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Angesichts der ungeheuren Wohnungsnot ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß auch die Schulgebäude zur Bekämpfung dieser Not nutzbar gemacht werden könnten. Wie weit das in Rücksicht auf den Schulbetrieb möglich ist, bleibe hier dahingestellt, daß es aber wohnungstechnisch möglich ist, beweist das Beispiel der Stadt Leipzig. Nach Mitteilung der dortigen Stadtverwaltung werden hier in verschiedenen Stadtteilen geeignete Schulgebäude, die während des Krieges militärischen Zwecken dienten, zur Unterbringung wohnungsloser linderreicher Familien verwendet. Es sind insgesamt 150 Zimmer vorhanden und vor kurzem waren 128 Familien mit rund 534 Köpfen untergebracht. Allerdings steht in der Regel der Familie nur ein Zimmer zur Verfügung, bisher ist nur in zwei Fällen je einer Familie mit Rücksicht auf die starke Personenzahl ein zweites Zimmer überlassen worden. Die Zimmer sind mit Gasleitungen versehen, an die Gasköcher angeschlossen werden können. Außerdem befinden sich in jedem Geschloß je zwei Kochherde zu gemeinsamer Benutzung. Die Heizung geschieht teils durch Öfen, teils durch Dampfleitungen. Je zwei Familien steht ein verschließbarer Abort im Hofe zur Verfügung. Gelegenheit zum Waschen und Trocknen der Wäsche ist durch die im Kellergeschloß befindlichen Waschkücher und die großen Schulküchen geboten. Der Mietpreis beträgt für ein Zimmer die Woche 10 Mk., es sind in ihm aber Licht und Heizung einbezogen. Dieser Mietpreis deckt allerdings die aufgewendeten Kosten nicht vollständig. Nach alledem handelt es sich in dem Leipziger Fall allerdings nur um ausgeprobenene Notwohnungen, die verlassen werden, sobald sich die Möglichkeit bietet, zu einer geordneten Häuslichkeit zu gelangen.

Der Zustand der zerstörten Gebiete. Eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Sachverständigenkommission berichtet über ihre Besichtigungsfahrten in den zerstörten Gebieten. Präkursorbeamte führten die Kommission und konnte das Verhalten der Beamtensoffiziere, der auskunftgebenden Beamten und der Bevölkerung als vorstet bezeichnet werden. Die Fahrten waren in vier Gebietsabteilungen organisiert und erstreckten sich auf: 1. Departement Pas de Calais, 2. Departements Duse und Somme, 3. Departements Aisne, Ardennes und Marne, 4. Departement Meuse. Im Anschluß an diese Fahrten beschäftigten Forstfachverständige (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) unter Leitung örtlich orientierter französischer Forstbeamten die beschädigten Waldungen von St. Gobain, Couch-Passe und Couch-le-Gateau bei Reon, Departement Aisne. In den Gebieten der besonders armen Champagne ist der Zerstörungsgrad derart, daß die Wiederherstellungskosten größer sind als das Gelände wert ist. Aehnlich ist das Bild auf der Strecke über Lunéville—Pont-Aux-Français hinaus bis nach Reims. Im zwischen Arias und Lens liegenden Gelände und auch auf vielen anderen Stellen wurde ein Zerstörungsgrad von 80 Prozent festgestellt: Von 2300 Häusern Soissons sollen 2000 vollständig zerstört sein, 800 reparaturfähig. Mehrere Orte können nicht nach der allgemeinen Richtlinie behandelt werden, die dahin geht, bei der Wiederherstellung möglichst den alten Charakter zu wahren, deshalb sind für mehrere Orte neue Aufbaupläne vorgelesen. Vieles trifft in erster Linie für diejenigen Orte zu, deren Grenzen und Marken unauflösbar sind. Vieles sind bei kleineren Beschädigungen die alten Spuren durch die Veteiligt selbst beseitigt. So sind mehrfach die Felder bestellt worden, trotzdem viel Auf- und Forträumungsarbeiten zu leisten waren. Die zerstörten Forsten werden durch Pflanzungen und Linden unter den noch stehenden aber beschädigten Beständen der Wiederherstellung entgegengeführt. Auf allen Fahrten begegnete man deutlichen Kriegsanzeichen, ohne allzu strenge Bewachung. Sie machten alle einen gesunden, gutgenährten Eindruck und waren sauber gehalten.

Lautenlied.

Die Militärjustiz ist laut Reichstagsbeschluss vom 1. Januar 1920 endlich abgeschafft. Ihr letzter Streich wird von R. Haujer in der „Weltbühne“ folgendermaßen bezeugen:

Einem Offizier mit Namen Müller
Bei gewohnter dieser Sangesstiller —
Woll der Gute den Musiknoten schund,
Ihn traktieret als ein Schweinehund.
Schrumm! Bumm!

Und es dachten seine Kameraderaden,
Dass dies könnte aber gar nicht, gar nicht schad schaden.
Es in leidet auch der Gardeführer:
Offizier bleibt eben Offizier.

Und er ließ die Leute an die Säume blind-blind,
Und er ließ die Leute vollen Lual sich wind-windeln.
Mancher seiner Hülflere lewet noch —
Woer einer hard im Erdenloch.

Und man konnte erst nach langen, langen Jahren
Diesen Stunt aus den Karpaten offenbaren.
Als die gri-gra-graße Zeit vorbei,
Wurde ruckbar jene Hül-Hülrel.
Schrumm! Bumm!

Hier wird tragisch, tragisch, tragisch die Geschichte!
Wozu ham wir denn die Militärgerichte?
Und es arrangiert der Militärverein
Ein gemütliches Zusammensein!
Schrumm! Bumm!

Und die Sigung, die verlief so weit gang heiter.
Eine Krähe haßt der aubern und so weiter.
Auf der Ferkung senf(s)st er nun sein Wochen lang.
Und des Kaisers Rod ist wieder blank.

Ja, Justitia soll die Wage zwar nicht sehen,
Aber mal vermag sie doch ein Ding zu drehen
Wie der erste beste Plattenbruder auf dem Riek . . .
Gott erhalte uns die Militärjustiz!

Eingegangene Schriften und Bücher

Jungvolk 1920. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine. Dieser Jahrgang zeigt wieder die alte, schmale Aufmachung seiner Vorgänger. Inhaltlich hat er für unsere Jugend besondere Bedeutung, denn er behandelt im Hauptteil seiner Beiträge die Revolution und die Stellung der Jugend zur Revolution. Das findet gleich in besten Hanserentönen die Cuvertüre des Almanachs an, Richard Wagners aus dem Jahre 1849 stammendes glühendes Bekenntnis, das die Revolution als die schöpferische Macht der Menschheitsentwicklung feiert. Es folgt eine geschichtliche Darstellung des Novemberumsturzes vom vorigen Jahre, seiner Ursachen und Folgen, aus der Feder Erwin Waritz. Daran schließt sich ein Aufsatz Karl Korns über den Sinn der Revolution und die Aufgabe der proletarischen Jugend. Die neueste Situation unserer Jugendbewegung wird auch in dem Beitrag R. Weimanns „Neue Ziele und Wege“ behandelt. Wesen und Tätigkeit unseres Revolutionsparlamentes der Nationalversammlung schildert dann aus eigener Kenntnis und Erfahrung Wilhelm Söllmann, während H. Conrady die Geschichte der ersten deutschen Nationalversammlung, des Frankfurter Parlaments, erzählt. Einem Revolutionär, der ungleich stärker als in jenen vergangenen Tagen in der lebendigsten Gegenwart wurzelt, ist Conrad Schmidts Gedichtartikel zum 100. Geburtstag Friedrich Engels' gewidmet. Schließlich wird auch noch ein revolutionärer Künstler, der schneidige Kritiker der wilhelminischen Ära, Th. Th. Heine, von Franz Fiederich den Lesern in Wort und Bild vorgeführt. Fiederichers Gesilde schildert der Beitrag Henni Lehmanns über die Insel Hiddensee, dem die Verfasserin eine Anzahl eigener, stimmungsvoller Federzeichnungen beigegeben hat. Der unterhaltende Teil bringt zwei längere Erzählungen: eine stammende Anklage gegen den Krieg in einer Novelle Leonhard Franks und eine sehr interessante Münchhausenade aus dem klassischen Altertum, Lukians unsterbliche „Wahre Geschichte“, beide dem klassischen reich illustriert durch M. Fabian. Kleinere Beiträge sowie wertvolle Abbildungen und Gedichte sind über den ganzen Band zerstreut, von dem wir nur Verhaerens Gedicht „Die Tat“, Jürgen Brands Schlusgedicht und Ilse Schütz-Schurs seine Federzeichnung „Der Zukunft entgegen“ hervorheben wollen.

Woll in Not! Ausführungen zur Kohlenfrage von Otto Hue. Verlag Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum. Preis 1 Mk. Für Gewerkschaftsmitglieder durch den Verband bezogen 0,60 Mk.

„Arbeiter Jugend“. Nummer 25 des 11. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Deutschnationale Jugendbund. Von Richard Weimann. — Der alte und der neue Geschichtsunterricht. I. Von Fritz Ausländer. — Vom Arbeiter zum Astronomen. — Freiheit. Gedicht von Leopold Jacoby. — Dr. Georg Wolff: Das Blut und seine Bestandteile.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter & Kinnar n. Verantwortl. Redaktionsrat Emil Dittm er, beide Berlin SO., Bülsterhauener Str. 15. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

(Mit Abbildungen.) — Aus der Jugendbewegung. — Aus der Internationalen der Arbeiterjugend. — Aus der Praxis der Bewegung. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes — Beilage: Stroich und Minka. Von Curt Vising. — Wie der Staat entstand. Von Kurt Hellbut. — Bücher für die Jugend usw. — Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Doppelnnummer 45/46 hat u. a. folgenden Inhalt: „Die soziale Schulung der Arbeiterfrau“ von Henny Lehmann. Dr. Dora Rande schreibt über das Buch „Sozialismus“ von Robert W. Brand. Ferner Johann Fersch: „Zwangsgesetze“. Eine lustige Skizze „Meine Liebsbeth“. Dieser Nummer liegt auch wieder die Beilage „Die Frau und ihr Haus“ bei Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Die Freie Welt“ bringt zum Jahreswechsel einen amüsanten Infus von Karikaturen: Die Woste die Welt in 5 Tagen geschaffen hat. Unter den Bildern finden wir ferner eine neue Aufnahme von Adel, eine Aufnahme der Kruppischen Werke aus der Vogelschau und mehrere Bilder von erotischen Arbeitsstätten, zu denen Georg Engelbert Graf einen lehrreichen Begleittext geschrieben hat. Für die Frauen bringt die „Freie Welt“ beachtenswerte Hinweise zum Sparten beim Kochen und Feigen, zwei Bilder zur Frage des Frauenwahlrechts. Preis des Heftes 25 Pf.

Die Verknüpfung des Arbeitsmarktes. Von Geh. Oberleutnant Schmölder. Preis 2 Mk. Bei Bezug einer größeren Anzahl von Exemplaren tritt Preisermäßigung ein. Leonhard Simion Hl., Verlagbuchhandlung, Berlin W. 57, Rühlstr. 56.

Filiale Bielefeld.

Ortsbeamter gesucht.

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre freigewerkschaftlich organisiert, red- und schriftgemäß und für Verwaltungs- und Aussenarbeit befähigt sein. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Kreisberger Verbandsstatuts. Der Antritt muß baldmöglichst, spätestens am 1. April d. J. erfolgen können. Bewerbungen sind bis zum 1. Februar d. J. zu richten an H. Ziehbach, Bielefeld, Welle 27.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Hyronimus Adam, Berlin
† 11. 1. 1920, 54 Jahre alt. | Jakob Maffa, Stuttgart
Radführer
† 6. 1. 1920, 64 Jahre alt. |
| Georg Bauer, Neulahn
Kollernbauarbeiter
† 8. 1. 1920, 51 Jahre alt. | Julius May, Cögel
† |
| Karl Beck, Berlin
† 16. 1. 1920. | Karl Müller, Berlin
† 15. 1. 1920. |
| Franz Bruff, Cögel
† | Gottlob Hägele, Stuttgart
Städt. Arbeiter
† 7. 1. 1920, 64 Jahre alt. |
| Emil Danz, Burg l. Dithmarischen
Arbeiter
† 9. 1. 1920, 63 Jahre alt. | Anna Neumann, Charlottenburg
† 18. 12. 1919, 42 Jahre alt. |
| Joseph Gäßdorf, Magdeburg
Arbeiter
† 8. 1. 1920, 29 Jahre alt. | Johann Ottlewski, Berlin
† 13. 1. 1920, 53 Jahre alt. |
| Wilhelm'ne Faller, Berlin
† 7. 1. 1920, 55 Jahre alt. | Friedrich Pollt, Neuruppin
Museumskassier
† 20. 12. 1919, 53 Jahre alt. |
| Ernst Hölzer, Karlsruhe
Maurei
† 3. 1. 1920, 65 Jahre alt. | Christoph Pöhringer, Nürnberg
Streckenanbeiter
† 10. 1. 1920, 39 Jahre alt. |
| Richard Kirchhoff, Criort
Anhaltener
† 8. 1. 1920, 49 Jahre alt. | Rudolf Schmidt, Berlin
† 11. 1. 1920. |
| Gottlieb Komitich, Magdeburg
Arbeiter
† 12. 1. 1920, 63 Jahre alt. | Andreas Schuhmann, Nürnberg
Gasarbeiter
† 12. 1. 1920, 60 Jahre alt. |
| Albert Kopich, Rritz
† 10. 1. 1920, 62 Jahre alt. | August Schütler, Rostock
Gasarbeiter
† 13. 1. 1920, 69 Jahre alt. |
| Karl Kraft, Würzburg
Arbeiter
† 29. 12. 1919, 52 Jahre alt. | Wilhelm Schwittay, Ortelburg
Stadtbauamt
† 7. 1. 1920, 76 Jahre alt. |
| Ernst Kriehn, Falkenhagen
Gasarbeiter
† 9. 1. 1920, 34 Jahre alt. | Adelgunde Strahler, Berlin
† |
| Gottlieb Lehmann, Mariendorf
† 15. 1. 1920, 67 Jahre alt. | Hermann Croft, Rostock
Arbeiter
† 3. 1. 1920, 61 Jahre alt. |
| Oskar Liebig, Berlin
† 7. 1. 1920, 47 Jahre alt. | Karl Wagner, Stuttgart
Städt. Arbeiter
† 7. 1. 1920, 30 Jahre alt. |
| Hermann Lütjens, Stade
Bauhelfarbeiter
† 28. 12. 1919. | August Zahn, Berlin
† 18. 12. 1919, 50 Jahre alt. |

Obere Ehren Andenken'